

Série: Lettres et arts

Langue: *Allemand*

Analyse d'un texte hors programme

Der Trommler. Zum Tod von Günter Grass

Bei der Annahme des Nobelpreises für Literatur 1999 fragte Günter Grass in seiner Rede, was Bücher und ihre Autoren so gefährlich mache in den Augen der Mächtigen. Oft, so sagte er, reiche "der literarische Nachweis, daß die Wahrheit nur im Plural existiert - wie es ja auch nicht nur eine Wirklichkeit, sondern eine Vielzahl von Wirklichkeiten gibt". Mit Wahrheit und deren Plural schlug sich Grass sein Leben lang herum, literarisch, politisch, persönlich. Seine Lust am Sich-Einmischen machte ihn zu einem weltbekannten Künstler, Polemiker, Nobelpreisträger, umstritten, oft undiplomatisch, nicht immer auf dem Boden der Tatsachen, aber stets gehört - eine der wichtigsten Stimmen Deutschlands. Nun ist Günter Grass in Lübeck an den Folgen einer Infektion gestorben.

[...]

Während der 1960er Jahre entwickelte sich Grass in Berlin zum aktiven linksliberalen Intellektuellen, der Willy Brandt in mehreren Kampagnen als Redenschreiber und durch eigene Auftritte unterstützte. Seine Erlebnisse während des Bundestagswahlkampfes 1969 hielt er in der - seinen Kindern gewidmeten - Erzählung "Aus dem Tagebuch einer Schnecke" (1972) fest. Er unterstützte die Friedensbewegung und sympathisierte mit dem Prager Frühling, beteiligte sich am Protest gegen die Notstandsgesetze, lehnte radikale Tendenzen der Studentenbewegung ab ("Ich weiß nicht genug vom Vietcong, um ihm den Sieg zu wünschen") und mischte sich immer wieder in politische Kontroversen ein. Jahrzehntlang hielt sich Grass an den von der "Gruppe 47" beschlossenen Boykott der *Bild*-Zeitung.

[...]

Als Krönung seiner Karriere erhielt Grass 1999 den Nobelpreis für Literatur - 27 Jahre, nachdem mit Heinrich Böll zum letzten Mal ein Deutscher diese Ehrung bekommen hatte. In der Begründung der Akademie hieß es: "Der Spatenstich des Günter Grass in die Vergangenheit gräbt tiefer als der der meisten, und er findet, wie die Wurzeln des Guten und Bösen miteinander verschlungen liegen." Allgemein wurde die Auszeichnung nicht nur auf Grass' literarische Qualitäten bezogen, sondern auch auf sein politisches Engagement: "Günter Grass kann nur als Dichter und politischer Mensch in eins ausgezeichnet werden", so die *Neue Zürcher Zeitung* damals.

2002 wurde die Novelle "Im Krebsgang" publiziert. Grass schilderte darin den Untergang des "Kraft durch Freude"-Schiffs *Wilhelm Gustloff* im Januar 1945. Das Buch avancierte zum Überraschungserfolg und wurde sogar von Reich-Ranicki gelobt - ebenso wie der erotische Gedichtband "Letzte Tänze" (2003).

Aber dann folgte ein Eklat. Am 12. August 2006 - kurz vor Erscheinen der Autobiografie "Beim Häuten der Zwiebel" - räumte Grass in einem FAZ-Interview erstmals öffentlich ein, als 17-Jähriger zur Waffen-SS einberufen worden zu sein. 1944 habe er seinen Dienst als Panzerschütze in der Division "Frundsberg" angetreten. An Kriegsverbrechen sei er aber nicht beteiligt gewesen. Bislang, so sagte er weiter, sei er der Ansicht gewesen, durch sein Schreiben genug gegen das Vergessen getan zu haben, doch die persönliche Vergangenheit habe sich nicht erledigt, "das musste raus, endlich".

Was bedeutete dieses späte Eingeständnis für die Integrität und Glaubwürdigkeit von Grass? Musste sich dadurch die Rezeption seines ganzen Werks ändern? In Deutschland und auch international entbrannte eine heftige, sehr emotional geführte Debatte. Währenddessen kletterte "Beim Häuten der Zwiebel" die Bestsellerliste nach oben, was gar zu dem Vorwurf führte, das Bekenntnis sei eine ausgeklügelte PR-Aktion. Über das Buch selbst blieben

Literaturkritiker uneins. Die Kontroverse hinterließ bei Grass tiefe Spuren. In einem SZ-Interview 2007 beklagte er "eine Gleichmacherei, ein Niedermachen und ein Ausmaß an Niedertracht, wie ich es bisher nicht erlebt habe".

Im Zusammenhang mit "Beim Häuten der Zwiebel" ließ sich Grass dennoch ein Jahr später zu einem weiteren kontroversen Interview hinreißen: Zum Erscheinen des Buches in Israel sagte der Autor in der Zeitung *Haaretz*, "der Holocaust war nicht das einzige Verbrechen" und behauptete, sechs von acht Millionen deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion seien liquidiert worden. Tatsächlich starben nach historischen Erkenntnissen von drei Millionen deutschen Soldaten, die in sowjetische Gefangenschaft gerieten, zwischen 700.000 und 1,1 Millionen. Der israelische Historiker Tom Segev, der das Interview mit Grass geführt hatte, bedauerte in einem Schreiben an die SZ daraufhin, die von Grass "in der Hitze des Gefechts" genannten Zahlen nicht korrigiert zu haben. Er sei sich aber "absolut sicher", der Nobelpreisträger habe nicht die sechs Millionen ermordeten Juden relativieren wollen.

[...]

Sueddeutsche Zeitung, 13.4.2015

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/zum-tod-von-guenter-grass-der-trommler-1.1401081>

G7: Nie war Klimaschutz so wichtig

Noch sind es etwa 200 Tage, bis sich die Vertreter von rund 190 Staaten in Paris treffen, um das Weltübel des Klimawandels endlich energisch an den Hörnern zu packen. Ein neuer Klimavertrag soll her, der das alte, weitgehend erfolglose Kyoto-Protokoll ablöst und hilft, die Treibhausgase zu verringern. Durch mehr Wind- und Sonnenstrom überall auf der Welt, durch weniger und saubere Autos, eine umweltverträgliche Landwirtschaft, durch Waldschutz. Schon jetzt laufen die Vorbereitungen dafür, und die Chancen, im Dezember in Frankreich so etwas wie eine neue Klimaschutzarchitektur zustande zu bringen, sind so gut wie nie.

Deutschland will vor allem die G7-Präsidentschaft nutzen, die das Land gerade inne hat, um Dynamik beim Klimaschutz zu erzeugen. Im engen Schulterschluss mit den Franzosen, die als Gastgeber der Konferenz an einem Erfolg großes Interesse haben.

Keine Verhandlungen im exklusiven Klub

In wenigen Tagen beginnt im oberbayerischen Schloss Elmau der G7-Gipfel. Bundeskanzlerin Angela Merkel will, dass von dort ein klares Signal ausgeht, dass die führenden Industriestaaten beim Klimaschutz ernst machen. "Noch nie war der Klimaschutz einer G7-Präsidentschaft so viel wert", heißt es etwas vollmundig aus Regierungskreisen.

Das Problem: Die Schwellen- und Entwicklungsländer dürfen nicht den Eindruck gewinnen, dass sich die reichen Staaten im exklusiven G7-Klub schon auf Grundzüge des neuen Abkommens einigen. Anders als im bisherigen Klimavertrag, dem Kyoto-Protokoll, sollen die ärmeren Länder erstmals eigene Anstrengungen beim Abbau der Treibhausgase übernehmen. Am Versuch des Westens, einen Vertrag quasi von oben herab in kleinen informellen Gruppen der reichen Staaten zu entwerfen und den anderen Staaten dann zu präsentieren, war schon der UN-Klimagipfel 2009 in Kopenhagen gescheitert. Dieses Mal soll es anders laufen: Die G7 wollen die Perspektive einer "klimaneutralen Weltwirtschaft" formulieren: Klar genug, um ernst genommen zu werden - unverbindlich genug, um ja niemanden zu verärgern.

Wie fragil das sein kann, bewies erst jüngst ein Treffen internationaler Umweltminister in Berlin: Da polterte der indische Vertreter laut, der Westen müsse den Klimawandel allein bekämpfen, er habe ihn schließlich verursacht. Staaten wie Indien bräuchten vor allem Geld, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Ein nicht mehr zeitgemäßes Denken, so denkt man über eine solche Äußerung in der Bundesregierung. Längst ist etwa China - offiziell immer noch ein Schwellenland - weltgrößter Verursacher von Treibhausgasen.

10 Milliarden Dollar aus Deutschland bis 2020

Um die unübersichtliche Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer - "G77" genannt - vom Mitmachen zu überzeugen, will vor allem die Kanzlerin Geld in die Hand nehmen. Schon vor Jahren haben UN-Staaten versprochen, bis 2020 insgesamt 100 Milliarden Dollar aufzubringen. Aus staatlichen und privaten Quellen, um damit Klimaschutzmaßnahmen in den armen Ländern zu finanzieren. Dieses Geld müssen natürlich die reichen Staaten bereitstellen, und Deutschland allein will zehn Milliarden Dollar davon übernehmen, 40 Prozent aus staatlichen Mitteln.

Der Rest soll "gehebelt" werden, indem das Geld weltweit Investitionen der Privatwirtschaft anregt. Und noch vor der Paris-Konferenz sollen im Oktober erste Projekte starten, die mit dem frischen Geld bezahlt werden. Das erhoffte Signal: Wir reden nicht nur, wir helfen euch. Jetzt könnt ihr mitmachen beim neuen Klimavertrag.

Freiwillige Ziele statt starrer Vorgaben

Der neue Klimavertrag soll eine ganz neue Architektur erhalten: Bislang (im alten Kyoto-Protokoll) haben die 38 reichsten Staaten versprochen, ihre Treibhausgase zu senken. Und zwar in einem starren Zeitfenster (1990 bis 2010), mit einer starren Minderungsvorgabe (die EU etwa: minus acht Prozent). Kaum ein Land hat das geschafft (Deutschland gehört zu den Ausnahmen).

Jetzt sollen die Staaten freiwillige Ziele in den Vertrag einbringen. Ziele, die wohl - so schätzen Beobachter - nicht rechtsverbindlich sein werden. Und die durchaus unterschiedlich sein können, aber - so hofft man - Dynamiken in Gang setzen und über deren Einhaltung öffentlich Transparenz herrschen soll. Die Staaten durch ein hartes Klimaschutzregime zu Maßnahmen quasi völkerrechtlich zu zwingen, sei ein gescheiterter "Top-Down-Ansatz", heißt es in Regierungskreisen dazu.

Zwei-Grad-Ziel nicht erreichbar

Also könnte der Vertrag so aussehen: Ein Land verspricht, seinen Anteil an Erneuerbaren Energien zu verdoppeln. Ein Anderes, sich an einem System des Emissionshandels zu beteiligen. China etwa will seine Emissionen nur noch bis 2030 steigen lassen und dann kontinuierlich senken. Wie man diese verschiedenen Ziele allerdings vergleichen und überprüfen kann, bleibt vorerst ein Geheimnis.

Deutschewelle.de, 30.5.2015

<http://www.dw.de/g7-nie-war-klimaschutz-so-wichtig/a-18485083>

Série: Lettres et arts

Langue: *Allemand*

Analyse d'un texte hors programme

Deutsche Vorherrschaft in Europa: "Ein neuer Wirtschaftsnationalismus"

SPIEGEL ONLINE: Herr Kundnani, Sie haben ein Buch über Deutschlands Rolle in der Eurokrise geschrieben, das im Jahr 1871 beginnt. Warum?

Kundnani: Seit einigen Jahren ist in der Politik wieder von der "deutschen Frage" die Rede und von einer "deutschen Hegemonie" in Europa. Solche Begriffe implizieren, dass sich Elemente der deutschen Geschichte wiederholen. Publizisten wie George Soros und Martin Wolf schreiben sogar von einem neuen "German Empire". Dass das nicht nur eine akademische Debatte ist, haben Sie in den letzten Jahren an den Demonstranten in Athen gesehen.

SPIEGEL ONLINE: Wenn griechische Demonstranten Plakate von Angela Merkel mit Hitlerbart in die Höhe halten, dann ist das doch keine valide Kritik, sondern plumpe Provokation.

Kundnani: Selbstverständlich. Aber die Frage bleibt: Kann uns die Geschichte helfen, die heutige Lage zu verstehen? Die Hegemoniedebatte hat eine lange Tradition. Zwischen 1871 und 1914 war Deutschland so groß und stark, dass kein einzelnes Land in Europa seine Macht ausgleichen konnte. Zugleich war es nicht mächtig genug, um ein Hegemon zu sein, der allen anderen seinen Willen aufzwingen kann. Das war der Kern der "deutschen Frage": Der Historiker Ludwig Dehio hat Deutschlands Stellung als eine "halbhegemoniale" beschrieben. Deutsche Historiker wie Andreas Wirsching und Dominik Geppert argumentieren, dass Deutschland sich jetzt in einer ganz ähnlichen "halbhegemonialen" Stellung befinde. Der Unterschied ist, dass es in Europa nicht mehr um Geopolitik geht, sondern um Ökonomie.

SPIEGEL ONLINE: Schlagen Sie vor, Angela Merkel nicht mit Hitler zu vergleichen, sondern mit Bismarck?

Kundnani: Nein - obwohl die "Bild"-Zeitung genau das getan hat, nach dem Beginn der Griechenland-Krise im Jahr 2010. Mein Argument ist, dass es eine strukturelle Ähnlichkeit gibt: Mit der Vereinigung von 1871 wuchs Deutschlands Rolle in Europa. Etwas ähnliches passierte durch die Wiedervereinigung. Die "deutsche Frage" schien vierzig Jahre lang durch die deutsche Teilung gelöst zu sein, doch spätestens seit der Eurokrise ist sie zurück. Das liegt heute wie damals an der Größe Deutschlands und an seiner Mittellage in Europa. Der Euro kommt als Teil des Problems hinzu. Es war der Wunsch der Franzosen und insbesondere François Mitterands, die deutsche Macht durch eine gemeinsame Währung einzuhegen. Das Gegenteil ist eingetreten: Deutschland ist anscheinend durch den Euro noch mächtiger geworden.

SPIEGEL ONLINE: In Ihrem Buch schreiben Sie vom deutschen "Exportnationalismus". Was meinen Sie damit?

Kundnani: Das ist der zweite Teil meiner Überlegung. Ich frage, ob heute zusätzlich zur strukturellen Ähnlichkeit zu 1871 auch Elemente des Diskurses von damals nachhallen. Nach der Reichsgründung herrschte ein gewisser Triumphalismus in Deutschland: Nietzsche

schrieb über die damalige Wahrnehmung, dass Deutschland 1871 nicht nur militärisch, sondern auch kulturell siegreich war. Mein Eindruck ist, dass es seit der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 wieder einen Triumphalismus in Deutschland gibt.

SPIEGEL ONLINE: Können Sie das erklären?

Kundnani: Viele Deutsche glauben, die Finanzkrise habe bestätigt, dass ihr Wirtschaftsmodell dem angloamerikanischen überlegen sei. So ist die Idee eines "Modells Deutschland" zurückgekehrt. Fast die Hälfte des deutschen Bruttoinlandsprodukts hängt heute von Exporten ab. Man könnte das beklagen, weil es Deutschland sehr anfällig und abhängig von der internationalen Nachfrage macht. Stattdessen ist es ein Quell des nationalen Stolzes geworden. Ich finde verblüffend, mit welcher Selbstverständlichkeit deutsche Politiker neuerdings von der "Exportnation" sprechen. "Exportwirtschaft", den Begriff kannte ich. Aber "Exportnation"? Das scheint nahezulegen, dass Exporte nicht nur für die deutsche Wirtschaft wichtig sind, sondern für die Identität.

SPIEGEL ONLINE: Der deutsche Nationalismus des 19. Jahrhunderts endete in den Verheerungen von zwei Weltkriegen und dem Völkermord an den europäischen Juden. Ist die historische Analogie wirklich angemessen?

Kundnani: Ich verstehe, dass "Nationalismus" im Deutschen ein aufgeladener Begriff ist. Aber auch Jürgen Habermas hat 1990 vom "DM-Nationalismus" geschrieben. Jetzt kann man meiner Meinung nach von einem neuen Wirtschaftsnationalismus sprechen, der es für Deutschland schwieriger macht, die Eurokrise zu lösen. Das Land steckt in einem Dilemma. Viele Ökonomen sind der Meinung, dass man die Eurokrise nur durch eine symmetrischere Angleichung in der Eurozone lösen kann: Die Länder der sogenannten Peripherie müssten wettbewerbsfähiger werden, Deutschland weniger wettbewerbsfähig. Das geht aber nicht, weil die deutsche Wirtschaft so exportabhängig ist und seine Wettbewerbsfähigkeit außerhalb Europas behalten will. Statt ein ausgeglicheneres Wachstum anzustreben und die Binnennachfrage zu stärken, verteidigt Deutschland seinen Leistungsbilanzüberschuss bis aufs Messer.

[...]

Spiegel online, 4.2.2015

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/deutschland-in-der-eurokrise-ist-merkel-wie-bismarck-a-1016336.html>

Merkels "lieber Freund" in Paris

Das Verhältnis von Merkel und Hollande war lange steif und bemüht. Wenn die Kanzlerin heute den französischen Präsidenten in Paris zur Vorbereitung des G-7-Gipfels trifft, wird deutlich: Sie sind sich politisch näher gekommen.

Eigentlich steht an diesem Tag ein Besuch bei David Cameron im Kalender. Also klettert Angela Merkel am Vormittag dieses 7. Januar in ein Flugzeug, an Bord eine Handvoll ihrer engsten Mitarbeiter, und hebt ab in Richtung London. Die Lage in der EU ist vertrackt in diesen Wochen, der Besuch in Downing Street 10 soll helfen, das Jahr entspannter zu beginnen.

Merkel grübelt über den Wolken über das Verhältnis zu den Briten, als in Paris schreckliche Dinge geschehen. Zwei Attentäter töten zwölf Menschen in den Redaktionsräumen der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo*. Der Terror ist in einem Herzland Europas angekommen, Frankreich erstarrt vor Angst, Schreck, Erschütterung.

Merkel zögert nicht. Zusammen mit Cameron greift sie zum Telefonhörer. Am anderen Ende ist ein bestürzter Staatspräsident zu vernehmen. Die Kanzlerin signalisiert François Hollande mit wenigen Worten, dass sie an seiner Seite sein werde: "Egal, was du entscheidest zu tun - ich werde da sein." Das Gespräch dauert nur wenige Minuten. Aber es hat große Bedeutung. Es verbindet Hollande und Merkel mehr, als es hundert EU-Gipfel oder tausend offizielle Begegnungen hätten tun können.

Seit jenem Moment wirken die beiden fast unzertrennlich. Vier Tage später treffen beide auf den Stufen des Élysée-Palasts zusammen. Der Franzose drückt die Deutsche an sich, es folgt der Augenblick, der inzwischen zur jüngsten Ikone deutsch-französischer Freundschaft geworden ist: Merkel schmiegt mit geschlossenen Augen ihren Kopf an Hollandes Schulter. Die wirkliche Szene war ganz so innig nicht. Egal, beide Seiten, Bundeskanzleramt wie Élysée, rühmen mittlerweile die Symbolkraft des Schnappschusses. Es folgte der nächtliche Verhandlungsmarathon von Minsk, bei dem beide mit Wladimir Putin um einen Frieden in der Ukraine ringen. Und an diesem Freitag treffen sie sich schon wieder: Merkel ist G-7-Chefin, zu Besuch in Paris will sie mit ihrem "cher ami" die Weltpolitik ausloten, Terror, Frieden, Klima.

Zu Beginn soll Hollande gegen Merkels Wirtschaftspolitik gar Intrigen gesponnen haben

Dass Merkel und Hollande miteinander je so viel Nähe aushalten würden, hätte zu Beginn dieser Beziehung niemand für möglich gehalten. Anno 2012, als der Sozialist noch Kandidat und Nicolas Sarkozy Bewohner im Élysée war, hatten sich Merkel und Hollande so verhalten, als wollten sie nie viel miteinander zu tun bekommen. Merkel hatte - zum ersten Mal überhaupt - erwogen, im heraufziehenden Präsidentschaftswahlkampf an der Seite Sarkozys aufzutreten. Hollande wiederum hatte sich so eng mit den damals oppositionellen deutschen Sozialdemokraten verbündet, dass freundschaftliche Bande zwischen den beiden ausgeschlossen erschienen.

Daran änderte sich auch nach Hollandes Wahl zunächst wenig. Nur fünf Tage nach Hollandes Amtsantritt treffen sich beide beim G-8-Gipfel im amerikanischen Camp David. Es ist die Zeit, da Merkel überall in Europa mit Sparappellen ihren Ruf als "Eiserne Lady" begründet. Hollande hingegen hat Europa einen neuen, spendableren Kurs versprochen - und in Gastgeber Barack Obama einen Verbündeten gefunden: Der Amerikaner bangt, Berlins strenge Politik könnte die Euro-Zone zerreißen und die Weltwirtschaft unmittelbar vor den US-Präsidentschaftswahlen in eine Deflation stürzen.

Merkel, so geht die Erzählung, sei während einer Gipfel-Pause in eines der noblen Blockhäuser von Camp David geschlendert - und habe Obama und Hollande in flagranti beim Versuch wirtschaftspolitischer Konspiration gegen sie ertappt. Das, so raunt es aus dem Kanzleramt, habe sie dem Franzosen lange nicht verziehen.

Es bleibt unterkühlt, noch lange. Fast krampfhaft sucht man Gemeinsames: Hollande und Merkel, beide Fußballfans, hocken im Februar 2013 zusammen auf der Tribüne beim Länderspiel in Paris, aber es bleibt "steif und bemüht", wie ein Beobachter später berichtet. Erstmals wirklich aufgetaut sei die Atmosphäre zwischen beiden erst vor einem knappen Jahr: Im Mai 2014 lud Merkel den französischen Präsidenten quasi zu sich nach Hause ein, in ihren Wahlkreis an der Ostsee. In Stralsund seien die Gespräche endlich persönlicher geworden, neugierig, "zunehmend freundlich", wie ein Zeuge später erzählen wird.

Paris indes erinnert lieber ein anderes Datum für den Beginn dieser wundersamen Freundschaft¹. Angefangen habe alles vier Wochen später, am 6. Juni 2014, dem 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie. Da trafen sich Staats- und Regierungschefs aus zwei Dutzend Ländern zum Kriegsgedenken - Gastgeber Hollande und Merkel nutzten ein Mittagessen, um die Präsidenten von Russland und Ukraine zu einem ersten Gespräch zu nötigen. "Das war das erste Mal, dass Madame Merkel und François Hollande zusammen an einem

¹ L'usage du verbe *remember* sans *an* est un régionalisme.

gemeinsamen Projekt gearbeitet haben, in dem es nicht um die beiderseitigen Beziehungen ging", heißt es aus der Entourage des Präsidenten, "seither erleben wir eine sehr große Annäherung."

Rückblickend wundern sich Vertraute beiderseits des Rheins, warum diese bilaterale Zuwendung so lange gedauert hat. Eigentlich seien sich Merkel und Hollande durchaus wesensnah: zwei Vernunftpolitiker mit ungefähr sozialdemokratischer Neigung, vorsichtig, uneitel, von trockenem Witz. Die Nacht von Minsk war der Höhepunkt dieser Annäherung. Das Vertrauen trägt, nun auch beim Euro: Der linken Regierung in Athen nämlich hat François Hollande klar gesagt, ein Schuldenschnitt komme nicht infrage. Und er hat den Griechen geraten, auf "Provokationen" wie Forderungen nach Reparationszahlungen zu verzichten. "Verständigt euch mit den Deutschen", lautet die Parole im Élysée. Der Mann, der dort wohnt, weiß: Das ist möglich.

Eine Analyse von Stefan Braun, Berlin, und Christian Wernicke, Paris

Quelle: *Süddeutsche Zeitung*, 20.02.2015.

Monumentaler Zwist verzögert Einheitsdenkmalbau

Zum Jubiläum der friedlichen Revolution sollte der Erinnerungsort in Berlin eingeweiht werden. Doch Bund und Hauptstadt streiten über Details. Minister de Maizière kritisiert die stockende Planung. Von Karsten Kammholz

Die friedliche Revolution in der DDR jährt sich in diesem Herbst zum 25. Mal. Eigentlich wollten die Bundesregierung und das Land Berlin das Jubiläum zum Anlass nehmen, ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in der Hauptstadt einzuweihen. Schließlich hatte der Bundestag bereits 2007 den Beschluss gefasst, das Denkmal als "nationales Symbol" der Wende 1989 und der Wiedergewinnung der deutschen Einheit bauen zu lassen.

Doch das Vorhaben stockt, selbst eine Eröffnung zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung im kommenden Jahr gilt als unrealistisch – sehr zum Ärger von Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Der CDU-Politiker äußert sich im Interview der "Welt am Sonntag" enttäuscht darüber, dass es "leider noch immer nicht" gelungen sei, "ein Einheitsdenkmal zu erschaffen, das an die Bevölkerung von damals erinnert". Der 9. November sei der Tag des Volkes gewesen, das die Mauer geöffnet habe. Der 3. Oktober sei die Vollendung der staatlichen Einheit und ein Tag der Politik, so de Maizière. "An diesen historischen Bogen sollten wir uns auch an einem festen Ort erinnern können."

Die Erschaffung des Denkmals sei ihm "sehr wichtig". Heute habe man Mühe zu erkennen, wo die Mauer stand. "Da würde ein Denkmal unserer Erinnerungskultur schon guttun." Zugleich erklärt der Minister, dass es "natürlich" schwer sei, den Mauerfall künstlerisch umzusetzen. Er erinnert daran, dass es bereits den Entwurf "einer Art Wippe für den Berliner Schlossplatz" gebe.

50 Meter lange wippende Schale

Geplant ist in der Tat eine 50 Meter lange begehbare Schale auf dem Berliner Schlossplatz, die den Namen "Bürger in Bewegung" tragen soll. In der Schale soll die Inschrift "Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk" zu lesen sein. Der Entwurf stammt vom Stuttgarter Designer Johannes Milla und der Berliner Choreografin Sasha Waltz. Letztere ist aus dem Projekt inzwischen ausgestiegen.

Der frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher fordert im Interview mit der "Welt am Sonntag": "Das Denkmal für die friedliche Revolution sollte es bald geben." Auf die Frage, warum es immer noch kein Einheitsdenkmal gebe, sagt Genscher: "Vielleicht ist es leichter, Monumente für tragische Ereignisse zu bauen. Davon gibt es ja reichlich."

Für das Denkmal, für das der Bund zehn Millionen Euro bewilligt hat, sind einige Vorarbeiten angelaufen. Der Sockel des einstigen Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. ist bereits saniert. Hier, unweit des derzeit entstehenden Stadtschlusses, soll die Wippe einmal stehen. Nur wann es so weit ist, hängt davon ab, ob sich der Bund als Bauherr und das Land Berlin in einem letzten Punkt einigen. Denn bei den Bauarbeiten im feuchten Kellergewölbe des Sockels wurden Mosaiken aus der Kaiserzeit entdeckt. Laut Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU (Link: <http://welt.de/themen/CDU>)) muss deren Verbleib noch geklärt werden.

"Mit Blick auf den Umgang mit den aufgefundenen wilhelminischen Mosaiken befinden wir uns noch in der Abstimmung mit dem Land Berlin", erklärt Grütters. Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung möchte die Steinbilder sichtbar machen, am liebsten dort, wo sie gefunden wurden.

Reichen zehn Millionen Euro aus?

Die Behörde gibt sich aber kompromissbereit: "Wir können uns auch vorstellen, die Mosaiken im Umfeld des Denkmals in geeigneter Form zu zeigen", sagt eine Sprecherin. Aus Sicht der Behörde könnte es also losgehen: Für alle offenen Fragen habe man Lösungswege gefunden. Grütters, die oberste Kulturbeauftragte der Republik, zeigt dennoch Verständnis für die Verzögerungen: "Ein solches Denkmal an diesem zentralen Ort in der Hauptstadt zu errichten ist eine komplexe bauliche und gestalterische Herausforderung, die umfangreiche Planungen und Abstimmungen erfordert."

Bevor das Denkmal kommt, muss sich der Haushaltsausschuss des Bundestags damit befassen. Unklar ist, ob die avisierten zehn Millionen Euro ausreichen – Grütters hatte bereits im Frühjahr vor Kostensteigerungen gewarnt. Auch die Leipziger wollten in diesem Herbst ein Denkmal eröffnen, das an die Montagsdemonstrationen 1989 erinnern soll. Im Sommer dieses Jahres legte die Stadt die Pläne nach einem Streit um den Denkmalentwurf und den Standort, aber auch nach juristischen Querelen auf Eis. Die Zusage des Bundes und des Freistaats Sachsen für 6,5 Millionen Euro besteht weiter. Aber die Leipziger gönnen sich eine Denkpause.

So wirkt der Mindestlohn in der Praxis - sechs Menschen erzählen

Der Bauer zahlt seinen Erntehelfern mehr, die Telefonistin verdient besser, die Verkäuferin muss verzichten. Sie haben mit uns über den Mindestlohn gesprochen.

Willi Gruber (Name geändert), 57, Leiter einer heilpädagogischen Einrichtung¹ in Bayern: Für eine Fachausbildung zum Heilerziehungspfleger* verlangt die Berufsschule zwei Jahre berufliche Vorerfahrung. Meist läuft das über ein Praktikum in einer Einrichtung wie unserer. Weil das Praktikum nicht von einer Schule betreut wird, ist es seit Januar mindestlohnpflichtig. Für uns wurden Praktikanten damit plötzlich viel teurer. Bisher gab es pro Monat 325 Euro, mit Mindestlohn wären es 1000 Euro mehr. Das können wir uns nicht leisten, zumal sie ja keine volle Arbeitskraft sind, weil sie noch lernen. Wir mussten unseren Praktikanten deshalb ab Januar einen anderen Vertrag geben, um sie überhaupt weiterbeschäftigen zu können. Bei uns laufen sie jetzt als Pflegehelfer, das ist die unterste Tarifgruppe. Auch so können wir sie nur noch in Teilzeit beschäftigen, müssen also auf eine halbe Stelle verzichten. Das ist aber immer noch besser, als gar keine Praktikanten mehr zu haben. Praktikanten sind die Basis für die Zukunft unseres Berufs, ohne das Vorpraktikum können sie keine Fachkräfte werden. Die brauchen wir aber in unserer Branche so dringend. Wenn wir ihnen die Möglichkeit eines Vorpraktikums verbauen, schneiden wir uns ins eigene Fleisch.

Der Bauer zahlt seinen Erntehelfern jetzt mehr

Peter Höfler, 38, Gemüsebauer aus Nürnberg: Letztes Jahr hatten wir für Erntehelfer die 6,90 Euro, dieses Jahr sind's 7,40 Euro, und bis November 2017 steigt der Mindestlohn in der Landwirtschaft bis auf 9,10 Euro. Aber wir haben das Glück, hier in Bayern mit regionalen Waren höhere Preise erzielen zu können, weil der Verbraucher bereit ist, dafür mehr zu zahlen als für die Konkurrenz aus dem Ausland. Unser Gemüse schmeckt ja auch besser. In Holland wird geerntet, bevor die Tomate reif ist, und dann geht's ab zur Versteigerung. Wir hingegen ernten nur auf Bestellung, reif, vom Strauch weg. Probieren Sie beides, dann wissen Sie, warum es den Preisunterschied gibt. Außerdem dürfen Sie nie den Arbeitsaufwand vergessen. Sie können da zum Beispiel Karotten nicht mit einer Gurke vergleichen. Gurken und Tomaten werden von Hand gepflanzt, und ich muss Pflegearbeiten von Hand machen, wenn etwa bei der Gurke Triebe² ausbrechen. Karotten werden mit der Maschine gesät und dann bloß noch geerntet. Kost und Logis haben wir den Erntehelfern immer schon berechnet, 5,50 Euro pro Tag. Ist nicht kostendeckend, aber ob wir den Betrag erhöhen, überlegen wir uns erst für die nächste Saison. 25 Prozent meiner Kosten sind Lohnkosten.

Die Telefonistin verdient 70 Euro mehr im Monat

Nancy Hoffmann, 27, Callcenter-Mitarbeiterin in Chemnitz: Ich arbeite seit vier Jahren als Kundenbetreuerin für den Callcenter-Dienstleister SNT Deutschland AG in Chemnitz. Ich berate die Kunden etwa bei Kfz-Versicherungen, helfe beim Bestellen von Kaffee oder Kauf von Blumen. Früher gab es dafür als Grundlohn etwa 7,50 Euro brutto pro Stunde. Bereits seit 1. Dezember 2014, also einen Monat früher als gesetzlich vorgeschrieben, bekomme ich 8,50 Euro, ohne Überstunden-Zuschläge oder Leistungsprämien. Die gibt es zusätzlich und sie werden nicht mit dem Mindestlohn verrechnet. Bei einem Grundgehalt von jetzt monatlich 1475 Euro brutto und einer 40-Stunden-Woche habe ich dadurch netto im Monat etwa 60 bis 70 Euro mehr, und das ist echt klasse. Sicherlich überlege ich mir nach wie vor ganz genau, wofür ich Geld ausbebe. Trotzdem bedeutet für mich der Mindestlohn, dass ich mich zum Beispiel beim Einkaufen im Wurstregal nicht immer nach ganz unten bücken muss. Jetzt ist es möglich, auch mal ein paar Cent mehr für eine 100-Gramm-Packung auszugeben. Ich kann auch mit meinem Lebensgefährten öfter abends essen gehen. Oder es sind eher mal ein Paar neue Schuhe drin, was ich als Frau natürlich sehr schön finde. (...)

Die Verkäuferin muss auf 500 Euro verzichten

Susanne Keller (Name geändert), 42, Bäckerei-Verkäuferin in Mecklenburg-Vorpommern: Durch den Mindestlohn habe ich monatlich rund 500 Euro weniger auf dem Konto. Ich habe einen Teilzeit-Vertrag über 25

¹ Heilpädagogik: Teilgebiet der Pädagogik, das sich mit der Heilerziehung (Erziehung von traumatisierten oder behinderten Kindern und Jugendlichen) befasst.

² der Trieb (-e) (bot.): jeune pousse

Stunden pro Woche. Tatsächlich arbeite ich aber oft 40 Stunden, weil wir nicht genug Mitarbeiter haben. Die Differenz wurde bisher als bezahlte Überstunden abgerechnet. Seit Januar fällt das weg, jetzt kriegen wir Überstunden in einem Zeitkonto gutgeschrieben. Das Problem dabei: Wir werden sie niemals abbummeln³ können, dafür arbeiten einfach nicht genug Kollegen mit. Erfahren habe ich die neue Praxis nicht vorab von meinem Chef, sondern erst Anfang Februar, bei einem Blick auf den Kontoauszug. Es war viel weniger Geld überwiesen als sonst. Als sogenannter Springer werde ich flexibel in unterschiedlichen Filialen der Bäckerei-Kette eingesetzt. Bislang gab es Fahrgeld bei Einsätzen, die mehr als 10 Kilometer vom Wohnort entfernt liegen. Auch das wurde gestrichen. Ein Gespräch mit dem Chef ist seitdem nicht zustande gekommen. Seine Sekretärin hat mich jedes Mal abgewiesen, sie sagte, dass das jetzt eben so sei. Einfach früher nach Hause zu gehen, traue ich mich nicht. Ich brauche den Job und will ihn nicht verlieren.

Von Thomas Öchsner, Detlef Esslinger und Anne Kostrzewa

Quelle: *sueddeutsche.de*, 26. April 2015

³ abbummeln: (geleistete unbezahlte Mehrarbeit) durch Freistunden, Freizeit ausgleichen

Verschoben und verschwiegen

Das Gezerre um den Bau neuer Stromleitungen von Nord nach Süd zeigt deutlich: Die große Koalition traut sich nicht, den Bürgern die Wahrheit zu sagen. Dabei wäre es höchste Zeit für die Energiewende.

Kommentar von Markus Balser

Es war ein einziger Satz von Kanzlerin Angela Merkel, der diese Legislaturperiode prägen sollte: "Eine große Koalition ist eine Koalition für große Aufgaben" – das Versprechen der CDU-Chefin gleich zum Start legte eine hohe Hürde für ihre neue Amtszeit. Eine zu hohe für das Thema Energiewende, wie sich jetzt zeigt. Denn ausgerechnet die Pläne zum Bau neuer Stromtrassen*, das derzeit wichtigste Projekt für den Umbau der Energiebranche, liegen auf Eis. Die Ergebnisse des Koalitionsgipfels der vergangenen Woche machten endgültig klar: Besserung ist nicht in Sicht. Nach monatelangem Aufschieben war sich der Koalitionsausschuss nur darin einig, die Entscheidung erneut - bis Juni - aufzuschieben.

Aus der Koalition der großen Aufgaben droht beim Bau neuer Stromautobahnen die Koalition des großen Aufgebens zu werden. Einen Großteil der Verantwortung trägt daran Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer. Der CSU-Chef schwingt sich zum Vorkämpfer der Trassengegner in Deutschland auf. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob und wie viele neue Leitungen überhaupt nötig sind, um künftig Windstrom aus dem Norden nach Süden zu transportieren. Die zuständige Bundesnetzagentur hält alle geplanten Trassen für unverzichtbar. Horst Seehofer nicht. Bayern stemmt sich vehement gegen den Bau neuer Leitungen. Höchstens eine will Seehofers Landesregierung dulden.

Die Energiewende wird Opfer verlangen

Die Blockadehaltung folgt immer neuen Bürgerprotesten. Denn wo Pläne für neue Leitungen auf dem Tisch liegen, ist der Ärger nicht weit. Am Niederrhein, in Hessen und Niedersachsen, vor allem aber in Bayern kämpfen Bürger gegen Masten und den drohenden Wertverlust ihrer Häuser. Dabei wird sich genau hier, bei der Akzeptanz vor Ort, entscheiden, ob Berlin das Versprechen halten kann, dass in den nächsten vier Jahrzehnten 80 Prozent des Stroms aus Wind-, Wasser- oder Solarenergie kommt. Schon jetzt warnen Netzbetreiber angesichts neuer Verzögerungen beim Trassenbau vor Strom-Engpässen.

Die Energiewende erreicht in diesen Monaten ihre entscheidende Phase - und wird für die große Koalition zum Drahtseilakt*. Denn die Politik müsste nun verteidigen, was sie in die Wege geleitet hat. Doch nur wenige trauen sich, unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Etwa, dass die Wende Opfer verlangen wird, weil neue Stromtrassen oder Windparks in der eigenen Nachbarschaft entstehen. Stattdessen wird verklausuliert, verschoben und verschwiegen.

Es geht um die Akzeptanz von Großprojekten

Erstaunliche Wendigkeit beweist vor allem Seehofer. Am Anfang, lange vor Fukushima, galt er als Freund der Kernkraft. Mit der Katastrophe wechselte er flink die Seiten und befürwortete das Abschalten der ältesten Kraftwerke. Schließlich hatte sich auch der Volkswille gedreht. Als klar wurde, dass Bayern mit Solaranlagen auf Dächern und Feldern einer der größten Profiteure der Ökostromumlage* wurde, hatten die Erneuerbaren plötzlich in Seehofer einen glühenden Befürworter. Dass auch Ost- und Norddeutsche den Finanzfluss in den Süden finanzieren - das ist ein hübscher Gegeneffekt zum Länderfinanzausgleich. Und man darf getrost annehmen, dass auch die jüngste Wendung, neue Trassen abzulehnen, stärker von der Angst vor den Wählern getrieben ist als von der Überzeugung, dass die Stromtrassen wirklich überflüssig sind.

Der Kampf gegen den Klimawandel, der Atomausstieg, die Unabhängigkeit vom Import fossiler Energien aus undemokratischen Regionen - der Energiewende fehlt es nicht an guten Gründen. Es fehlt aber an mutigen Stimmen, die Zweifler auch bei umstrittenen Plänen überzeugen. Dabei drängt die Zeit. Während neue Windparks vor allem in Nord- und Ostdeutschland entstehen, werden in den nächsten Jahren in Süddeutschland sechs der neun verbliebenen Atomkraftwerke vom Netz gehen. Die Folge: eine große Stromlücke im Süden. Solarstrom kann die allenfalls tagsüber schließen. Im Norden dagegen herrscht Überfluss. Windparks produzieren mehr Strom, als verbraucht werden kann. Es entsteht ein System, das in Teilen des Landes zu viel und in anderen zu wenig produziert. Nur neue Stromtrassen können das ausgleichen.

Es geht bei der Auseinandersetzung über neue Stromleitungen um viel. Auch über die Energiewende hinaus. Seit der Eskalation im Streit um Stuttgart 21* galt Bürgerbeteiligung als letzte Chance, große Infrastrukturprojekte im Konsens mit der Bevölkerung umzusetzen. Die Stromtrassen sollten zum Praxistest dafür werden, ob das tatsächlich gelingt. Die große Koalition sollte diese Chance nicht fahrlässig verspielen.

Quelle : Süddeutsche Zeitung – 02/03/2015

*die Stromtrasse : la ligne d'acheminement de l'électricité /der Drahtseilakt : le numéro d'équilibrisme / die Ökostromumlage : la redevance pour le financement de l'électricité écologique (payée par le consommateur) / Stuttgart 21 : projet de réaménagement de la gare de Stuttgart qui a déclenché une polémique en 2010.

Verständnis für Pegida?

Triumph des Ressentiments

Deutsche Politiker nehmen Mitläufer der Demonstration in Dresden in Schutz: Das seien verunsicherte Bürger, auch diffuse Ängste müsse man ernst nehmen. Warum man Pegida dennoch pauschal verurteilen darf.

Nun also auch die SPD, nun auch Sigmar Gabriel. Es gebe bei den Dresdner Demonstrationen, so der Bundeswirtschaftsminister gestern in der „Bild“-Zeitung, „eben auch viele, die verunsichert sind und mitlaufen, weil sie sich mit ihren diffusen Ängsten vor einer ‚Überfremdung‘ nicht ernst genommen fühlen von der Politik. Auf diese Menschen müssen wir zugehen, ohne es an Klarheit in der Auseinandersetzung fehlen zu lassen.“

Hier spricht Gabriel, der Kliniker. So diffus wie die Ängste sind, so diffus sind seitens der Politik die Antworten. Der Appell aus den Parteien (nicht aus dem Bundespräsidialamt), die Ängste und Sorgen der Demonstranten ernst zu nehmen, ersetzt gerade die Klarheit der Auseinandersetzung, die lediglich angemahnt, aber nicht geführt wird. Stattdessen suggeriert man, dass jede Angst, dass jede Sorge als solche auch schon ihre Berechtigung habe. Deshalb reden Politiker im Blick auf Pegida derzeit eher wie Therapeuten, als hätten sie keinen politischen, sondern einen klinischen Auftrag. Man will gut zureden und nur ja nicht weh tun.

Die arme, verunsicherte Bevölkerung

Weh tun aber müsste man, wollte man wirklich, wie Gabriel nahelegt, im Blick auf den Dresdner Aufruf seiner politischen Verantwortung gerecht werden. Weh tun müsste man, indem man sagt: Nein, diese Angst nehme ich nicht ernst, weil sie unbegründet ist (im Gegensatz zu anderen Ängsten, die begründet sind). Würde tatsächlich, wie es richtig wäre, die klare Auseinandersetzung gesucht, müsste in den etablierten Parteien Front gemacht werden gegen die These einer Überfremdung, einer Islamisierung des Abendlandes, wie sie im Namen Pegida immer schon vorausgesetzt wird: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. Wer sich hinter diesen Namen schart, wer sich unter seiner Flagge versammelt, der mag politisch stehen, wo er will: Er marschiert im Namen eines xenophoben Ressentiments, er betreibt Stimmungsmache mit jedem Schritt, den er unter der gehissten Pegida-Flagge tut. Das gilt es erst einmal festzuhalten, so viel Augenschein muss sein, bevor man sich in Motivforschung verliert. Oder klügelnde Reden schwingt wie der Philosoph Byung-Chul Han, der erklärt, das eigentliche Problem bei Pegida sei nicht die Fremdenfeindlichkeit, sondern die wachsende Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung. Deshalb habe die Kanzlerin nichts begriffen, wenn sie im Blick auf die Dresdner Demonstration vor Hetze gegen Ausländer warne. Doch, Herr Han, das eigentliche Problem ist hier in der Tat zunächst einmal die Fremdenfeindlichkeit! Da hat die Kanzlerin völlig recht. Jeder, der Pegida ausbuchstabiert, wird mit der Nase darauf gestoßen. Was immer man in psychoanalytischer Manier „dahinter“ noch zu finden meint, darf nicht zu einer Entpolitisierung der gemeingefährlichen Essenz führen, die sich in der Pegida-Parole ausspricht und von etlichen einschlägig organisierten Aufpeitschern an der Spitze oder an den Rändern der Demonstration absichtsvoll verstärkt wird.

Der Wunsch nach russischen Verhältnissen

Tatsächlich kann es nicht darum gehen, den politischen durch einen therapeutischen Diskurs zu ersetzen. Die politische Verweigerungshaltung ist ja gerade der Ungeist der Dresdner Masse. Wenn man diese Verweigerung durchgehen lässt, sie nicht politisch dingfest macht, sondern gleichsam klinisch entschuldigt, hat man sich von der Logik des Ressentiments schon vereinnahmen lassen. Diffusität ist die Bedingung ihrer Möglichkeit. So reimt sich Pegida gerade nicht auf den Protest gegen konkrete politische Missstände, die sich mit politischen Mitteln beheben lassen könnten. Pegida ist keine Demonstration etwa gegen Grenzkriminalität und also gegen den Missstand von zu wenig Polizei an der langen brandenburgischen Grenze zu Polen. Es ist auch keine Demonstration gegen unzureichende Unterbringung von Flüchtlingen. Nein, wer hier demonstriert, schürt mit seiner Teilnahme *unter* dem namensgebenden Motto „Islamisierung des Abendlandes“ einen Generalverdacht gegen Ausländer, ohne ihn mit Tatsachen abgleichen zu wollen. Statt Argumente hagelt es „Putin“- Rufe, in grotesker Verzeichnung des russischen Machthabers als Gewährsmann für überschaubare Verhältnisse, Ordnung und Sicherheit. Putin-Referenz und demonstrative Verweigerung des Gesprächs sind keine popkulturelle Performanz, wie sie vielleicht Herr Han in das Geschehen hineingeheimnissen würde. Nein, die Verächtlichmachung des argumentativen Stils, das Weghauen der hingehaltenen Mikrofone, steht genau dafür: für den Triumph des Ressentiments über die politische Auseinandersetzung. Wenn dies im Eifer des Deutungsbetriebs aus den Augen gerät, wird die Deutung - ob aus Naivität oder Berechnung – zur Entlastungsstrategie. Was soll es denn heißen, wenn Horst Seehofer erklärt: „Mit denen muss man in einen Dialog treten und darf sie nicht pauschal verurteilen.“ Abgesehen davon, dass Dialog und Verurteilung sich nicht ausschließen, geht es im Gegenteil genau darum: um die pauschale Zurückweisung des fremdenfeindlichen Settings¹, in welchem in Dresden gegen was auch immer demonstriert wird. Je pauschaler diese Zurückweisung, desto besser. Anderenfalls darf sich die Politik nicht wundern, wenn sie die Ressentiments bedient, die sie behandeln will.

Quelle: www.faz.net 18. 12. 2014, von Christian Geyer

1 Das Setting : le cadre, l'environnement

Die Demokalypse bleibt aus

Seit mehr als hundert Jahren fürchtet sich Deutschland vor dem demografischen Wandel und beschwört seinen eigenen Untergang. Eine Widerrede.

Wer ist schuld am Fachkräftemangel? Die Demografie! Wer sorgt für den Geburtennotstand? Die Demografie! Wer verantwortet die Versorgungslücke, den drohenden Rentenkollaps? Die Demografie, die Demografie! Wer dämpft das künftige Wirtschaftswachstum? Die Demografie! Wer entvölkert die Provinz? Die Demografie! Wer macht das Land zur Greisenrepublik, lässt die Gesundheitskosten explodieren? Die Demografie, die Demografie! Deutschland droht die Demokalypse. Zu diesem Schluss muss gelangen, wer die deutsche Demografie-Debatte verfolgt. Kein Problem, keine noch so düstere Zukunftsprognose, die nicht schon herbeiargumentiert wurde mithilfe des demografischen Wandels.

Stellvertretend für die vielen Demokalyptiker in Politik, Medien und Wissenschaft kann Deutschlands vielleicht dunkelster Prophet stehen, der Ökonom Herwig Birg, der seit vielen Jahren in Büchern, Interviews und Talkshows einer umfassenden Aussichtslosigkeit das Wort redet. Laut Birg "sitzen wir in einer demografischen Falle", es droht ein "Desaster", für das es "keine Lösung" gibt, weil es schon "30 Jahre nach zwölf" ist. Für Birg und seinesgleichen ist klar: "Deutschland wird kleiner, ärmer und älter." Und: "Das System kollabiert."

Aber vielleicht ist alles ganz anders.

Vielleicht sind die vielen Katastrophenszenarien alle unwahrscheinlich, und eine hellere, hoffnungsvollere Erzählung ist möglich. Vielleicht ist der demografische Wandel keineswegs bedrohlich, sondern, wenn wir es richtig anstellen: eine wunderbare Sache.

Ein solcher Optimismus gründet auf zwei Perspektiven. Erstens ist es sehr gut möglich, dass weder die befürchtete dramatische Schrumpfung noch eine untragbare "Überalterung" der deutschen Bevölkerung jemals Realität wird. Zweitens zwingen uns die treibenden Faktoren der Bevölkerungsentwicklung - geringe Kinderzahl, längeres Leben, hohe Zuwanderung - zu einer permanenten gesellschaftlichen Anpassung, die letztlich begrüßenswert ist.

Die Demografie-Debatte ist von einer Reihe Mythen geprägt: von lange tradierten Glaubenssätzen, von Metaphern und Bildern, die von Medien, Politik und anderen Akteuren so lange wiederholt wurden, bis sie zu Selbstverständlichkeiten gerannen, die kaum einer mehr bezweifelt. Ein paar dieser Mythen sollen hier kritisch geprüft werden. Sie beruhen auf Angst, Missverständnissen, Denkfehlern, Überinterpretationen - und der allgemeinen, fatalen menschlichen Liebe zu schlechten Nachrichten.

Mythos 1: Deutschland stirbt aus.

Und zwar schon lange.

Der Berliner Historiker Thomas Bryant hat den deutschen Demografie-Diskurs seit Anfang des 20. Jahrhunderts untersucht. Er kommt zu dem Schluss, dass die Diskussion um die deutsche Bevölkerungsentwicklung stets durch eine "außergewöhnliche Dramatisierung" und "apokalyptische Untergangängste" gekennzeichnet war. Der Bevölkerungsdiskurs ist und war dabei eine Debatte, die sich von Anfang an und bis heute, mehr oder weniger bewusst, um einen zutiefst fragwürdigen biologischen Kern dreht: der Sorge um den Erhalt und den Zustand "deutscher" Genmaterials.

Es waren Mediziner und Rassenhygieniker, die vor und während des Nationalsozialismus die Bedrohungsszenarien und auch die Begrifflichkeiten prägten, die den deutschen Demografie-Diskurs noch heute auszeichnen. Der Mediziner Carl Tönniges sprach schon 1912 von einer "drohenden Entvölkerung Deutschlands". 1914 beklagte der Bakteriologe Max von Gruber den sinkenden "Kinderertrag" und die "Unterfruchtigkeit" der deutschen Frau. 1932, am Vorabend der "Machtergreifung" Hitlers, geißelte der Bevölkerungsstatistiker Friedrich Burgdörfer "die drohende Schrumpfung und Überalterung des Volkskörpers". Auch Konrad Adenauer nutzte die alten Begriffe, als er 1953 vor der "wachsenden Überalterung des deutschen Volkes" warnte. Später, in den Achtzigerjahren, erschienen Bücher mit Titeln wie "Deutschland - ohne Deutsche", deren Autoren vom deutschen "Volksselbstmord" fabulierten und die "das deutsche Volk" schon "in der Todesspirale" sahen.

Nach der Jahrtausendwende sorgte Frank Schirrmachers "Methusalem-Komplott" für eine Wiederbelebung des Themas. Seit dem frühen 20. Jahrhundert prophezeien Deutschlands Demokalyptiker also den Bevölkerungsrückgang oder -untergang. In dieser Zeit ist das Land von rund 60 auf 81 Millionen gewachsen, trotz zwei Weltkriegen, trotz Antibabypille, trotz einer konstant niedrigen Fertilitätsziffer seit den Siebzigerjahren.

Gemein ist all den Alarmisten, dass sie vermeintlich unheilvolle und angeblich unumkehrbare demografische Trends als Grundlage für gesellschaftliche Krisenszenarien nutzen. Der machte hier keine Ausnahme. Noch 2004 formulierte das Magazin die Titelzeile "Der letzte Deutsche - Auf dem Weg zur Greisenrepublik", dazu die Zeichnung eines Säuglings mit schwarz-rot-goldener Windel, der eine Langhantel zu stemmen¹ hat, auf der der ergraute deutsche Volkskörper sitzt.

(...)

Von Guido Mingels

Quelle: *Der Spiegel* 15/2015, 04.04.2015, S. 42-43.

¹ eine Langhantel stemmen: soulever un haltère

Athen will Milliarden - Gabriel nennt griechische Forderung „dumm“

Griechenland hat seine Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland auf etwa 280 Milliarden Euro beziffert. SPD-Chef Gabriel weist mit barschen Worten den Versuch zurück, Reparationsforderungen mit den aktuellen Verhandlungen über Kredithilfen zu vermischen.

Der stellvertretende griechische Finanzminister Dimitris Mardas hat die Reparationsforderungen Griechenlands für die Zeit des Nationalsozialismus auf 278,7 Milliarden Euro beziffert. Auf diese Summe komme nach einer ersten Auswertung ein Parlamentsausschuss, der sich mit den Entschädigungen befasst, teilte Mardas am späten Montagabend im griechischen Parlament mit. Das Thema belastet die deutsch-griechischen Beziehungen seit Jahrzehnten. Zu den Reparationsforderungen gibt es bereits eine umfangreiche griechische Studie. Auf deren Grundlage prüfen der Parlamentsausschuss und der Oberste Gerichtshof des Landes zurzeit, wie mögliche Reparationsforderungen an Deutschland erhoben werden können. Die Gesamtforderungen werden darin in einer Höhe zwischen 269 und 332 Milliarden Euro beziffert. Die Bundesregierung sieht die Entschädigungsfrage dagegen als erledigt an.

Gabriel findet deutliche Worte

„Ich finde das, ehrlich gesagt, dumm“, sagte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Dienstag bei einer Diskussion in seinem Ministerium. Griechenland habe schließlich ein Interesse daran, dass ihm die Euro-Partner bei der Lösung der Finanzprobleme Spielräume geben. „Und diese Spielräume haben mit dem Zweiten Weltkrieg und Reparationszahlungen gar nichts zu tun“, sagte der Vize-Kanzler. Wenn man dies doch zusammen thematisiere, mache man es denen einfach, die einen solchen Weg ablehnten. Gabriel machte aber auch deutlich, dass Deutschland sich unabhängig vom formellen Abschluss in den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen zur Deutschen Einheit immer wieder der Debatte über seine Verantwortung der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs stellen müsse. Es könne in Deutschland nach seiner Meinung auf absehbare Zeit keine „Schlussstrich-Diskussion“ geben. Des Weiteren sagte der SPD-Chef, die Deutschen müssten vor den Opfern der griechischen Bevölkerung in der Schuldenkrise „verdammte viel Respekt“ haben. Griechische Normalbürger büßten dafür, dass ihre Eliten das Land „ausgeplündert“ hätten. Griechenland müsse in der Eurozone wieder auf die Beine kommen - „und nicht außerhalb“.

Rückendeckung von den Grünen

„Deutschland und Griechenland sollten gemeinsam und einvernehmlich diese rechtliche Klärung anstreben“, sagte der europapolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Manuel Sarrazin. Sehr zurückhaltend reagierte Sarrazin dagegen auf die konkrete Forderung in Höhe von 278,7 Milliarden Euro, die der von der neuen Regierung in Athen eingesetzte Parlamentsausschuss als deutsche Kriegsschuld errechnet hatte. „Es sollten aus Griechenland nun nicht dauernd neue Zahlen kommen“, sagte der Grünen-Politiker. Er selbst halte nur die Forderung eines Ausgleichs für die von der NS-Besatzung 1942 erhobene Zwangsanleihe für berechtigt. „Es muss ohnehin ganz klar sein, dass die Begleichung einer politischen, rechtlichen und moralischen Schuld in keiner Weise einen Zusammenhang mit der Lösung der griechischen Schuldenkrise haben kann“, mahnte Sarrazin. Es sei deshalb besser, eine Entscheidung über Reparationen einem neutralen Gericht zu überlassen. Zustimmung erhielt Sarrazin von Linken-Politikerin Annette Groth, die Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe im Bundestag ist.

CDU lehnt Reparationszahlungen ab

Der haushaltspolitische Sprecher der Union, Eckhardt Rehberg, warf der griechischen Regierung vor, die Schuldenkrise und die Reformauflagen mit Reparationen und Entschädigungen bewusst vermischen zu wollen. „Die Zahl von 278,7 Milliarden Euro angeblicher Kriegsschulden ist für mich nicht nachvollziehbar oder irgendwie belastbar“, sagte Rehberg. „Das Thema Reparationen ist für uns politisch und juristisch abgeschlossen. Das gilt auch für die sogenannte Zwangsanleihe.“ Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras hatte im März im Parlament gesagt, mit der Bildung des Ausschusses „ehren wir alle Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nazismus (...) sowie des griechischen Widerstandes. Wir vergessen nicht, dass das deutsche Volk auch unter den Nazis gelitten hat.“

25-Jahr-Feier Einheitsfest mit Gorbatschow und Gauck

Michail Gorbatschow kommt. Auch Jean-Claude Juncker, der Präsident der EU-Kommission. Helmut Kohl steht ebenfalls auf der Gästeliste. Und natürlich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nebst ihrem halben Kabinett. Nicht zu vergessen Bundespräsident Joachim Gauck. An Ministerpräsidenten und Regierenden Bürgermeistern wird es ebenso wenig fehlen beim Einheitsfest, dessen Höhepunkt ein Festakt am 3. Oktober in der Alten Oper Frankfurt sein wird. Auch der gemeine Bürger soll mitfeiern. Eine Million Besucher erwartet Frankfurt zu den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit vom 2. bis zum 4. Oktober. 5

Weil Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) zurzeit Präsident des Bundesrates ist, richtet Hessen in diesem Jahr das Einheitsfest aus. Frankfurt mit der Paulskirche als Wiege der deutschen Demokratie sei der richtige Ort für die Feierlichkeiten, sagte Bouffier bei der Vorstellung des Programms in der Paulskirche. Der Ministerpräsident wie auch Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) hoffen auf ein „fröhliches Bürgerfest“. Das Motto der Einheitsfeierlichkeiten lautet „Grenzen überwinden“. 10
15

Paulsplatz wird zum Platz der Einheit

Freiheit und Demokratie sind Bouffier zufolge nicht selbstverständlich: „Wir müssen sie uns jeden Tag aufs Neue erarbeiten und leben.“ Hessen wolle besonders die Bürgerrechtler der ehemaligen DDR würdigen, die durch ihre Zivilcourage und ihren Mut die Teilung Deutschlands überwunden hätten. Schon jetzt hat ein Programm begonnen, in dem Bürgerrechtler das ganze Jahr über an Schulen von der friedlichen Revolution von 1989 berichten. 20

Schauplatz der dreitägigen Feierlichkeiten wird die Frankfurter Innenstadt sein. Die 16 Bundesländer werden sich an beiden Seiten des Mainufers präsentieren. Von dort zieht sich das Fest zur Paulskirche und über die Berliner Straße zur Zeil, die an diesen Tagen eine Sportmeile sein wird. Der Paulsplatz soll zum Platz der Einheit umgestaltet werden, um die Bäume dort werden sich 25 „Jahresringe“ winden, auf denen in Wort und Bild an jedes einzelne Jahr nach der Wiedervereinigung erinnert werden soll. 25

Sicherheit des Festes stehe im Mittelpunkt

Auf der Hauptbühne des Fests an der Hauptwache will die Stadt Frankfurt mit einem kulturellen Angebot die Mainmetropole „erlebbar“ machen. Das genaue Programm, das in Zusammenarbeit mit dem Tigerpalast-Chef Johnny Klinke entstanden ist, wird Oberbürgermeister Feldmann in der nächsten Woche vorstellen. Hessen seinerseits präsentiert ein eigenes Programm auf einer Bühne vor der Alten Oper. Auf dem Roßmarkt wollen sich die Verfassungsorgane vorstellen. 30
35

Vor dem Festakt am 3. Oktober um 12 Uhr in der Alten Oper versammeln sich die Repräsentanten der Bundesrepublik am Morgen in der Paulskirche zum Eintrag ins Goldene Buch der Stadt. Um 10 Uhr beginnt im Kaiserdom ein Festgottesdienst, der live durch die ARD übertragen wird. Der Festakt in der Alten Oper mit 1600 geladenen Gästen wird dagegen im ZDF zu sehen sein. Danach wird Bundesratspräsident Bouffier sein Amt an seinen Nachfolger Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, übergeben. Am Abend gibt es eine Licht- und Toninszenierung zum Festmotto „Grenzen überwinden“. 40

Angesichts der Verhaftung eines mutmaßlichen islamistischen Terroristenpaars in Oberursel und der darauf folgenden Absage des Radrennens am 1. Mai hob der Ministerprä- 45

sident hervor, dass alles Nötige für die Sicherheit der Veranstaltungen und den Schutz der Gäste getan werde. Die Kosten der Feierlichkeiten werden von Hessen und der Stadt Frankfurt getragen. Das Land hat dreieinhalb Millionen Euro eingeplant, Frankfurt stellt rund 1,3 Millionen Euro zur Verfügung.

FAZ, 10. Juni 2015

50

2/2

Merkel und der Islam

Mit ihrer wiederholten Aussage, dass der Islam zu Deutschland gehöre, hat sich Bundeskanzlerin Kanzlerin Angela Merkel in CDU und CSU isoliert. Als Reaktion auf die Terroranschläge von Paris zitierte Merkel zweimal an prominenter Stelle den früheren Bundespräsidenten Christian Wulff, der in seiner Ansprache zum Tag der Deutschen Einheit 2010 gesagt hatte, das Christentum und das Judentum gehörten zweifelsfrei zu Deutschland. Das sei «unsere christlich-jüdische Geschichte». Aber der Islam, so fuhr Wulff damals fort, «gehört inzwischen auch zu Deutschland».

Viel Beifall von links

Als die Bundeskanzlerin jetzt wenige Tage nach den Anschlägen von Paris den türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu im Kanzleramt empfing, rief sie in der gemeinsamen Pressekonferenz Wulffs Satz in Erinnerung und fügte hinzu: «Das ist so, dieser Meinung bin ich auch.»

In der Bundestagsdebatte zu den Terroranschlägen von Paris zitierte sie drei Tage später erneut Wulffs Aussage, die schon 2010 bei CDU und CSU auf viel Kritik gestossen war. «Beifall bei der SPD, der Linken und dem Bündnis 90 / Die Grünen sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU», verzeichnet das Protokoll der Sitzung. Der sonst zu Merkel überaus loyale Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder, sagte wenig später, er stimme ihrer Aussage nicht zu. Die Vorsitzende der CSU-Abgeordneten, Gerda Hasselfeldt, teilte der Kanzlerin selbst mit, dass sie an dieser Stelle ihrer Rede nicht habe klatschen können. Merkel habe geantwortet: «Das verstehe ich.»

Zum ersten Mal seit vielen Monaten hat sich jetzt auch ein CDU-Ministerpräsident offen gegen die Kanzlerin gestellt. In einem Interview, in dem er für mehr Einwanderung gerade in die neuen Bundesländer plädierte, sagte Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich, Muslime seien in Deutschland willkommen und könnten ihre Religion ausüben. «Das bedeutet aber nicht, dass der Islam zu Sachsen gehört.» Die Menschen hätten Angst vor dem Islam, «weil Terrorakte im Namen des Islams verübt werden».

Tillich forderte die muslimischen Verbände auf, sich klar vom Terror zu distanzieren, um auf diese Weise den Menschen ihre Ängste zu nehmen. Auch an der Basis von CDU und CSU sorgt Merkels Satz offenbar für einige Unruhe. Hasselfeldt berichtet zudem, dass sie von ihren Wählern vermehrt darauf angesprochen werde, warum islamische Mädchen nicht am Sportunterricht teilnehmen dürften oder wie man reagieren solle, wenn muslimische Jugendliche abfällige Bemerkungen über Lehrerinnen machten.

Die AfD setzt nach

Zwar beteuern führende Unionspolitiker wie Kauder und Hasselfeldt, dass der Konflikt um Merkels Aussage schon «fast vergessen» sei. Da die Auseinandersetzung um den Islam durch die Anschläge von Paris und die Pegida-Demonstrationen gegenwärtig in Deutschland viel Brisanz hat, ist es aber unwahrscheinlich, dass der umstrittene Satz der Kanzlerin keinerlei Nachwirkungen haben wird. Der Vizevorsitzende der AfD, Alexander Gauland, der selbst vier Jahrzehnte lang Mitglied der CDU war und die AfD auf einen nationalistisch-konservativen Kurs führen möchte, nannte die Aussage der Kanzlerin «tödlich für das normale CDU-Mitglied». Er nahm den Satz zum Anlass, einen generellen Stopp für die Einwanderung aus dem Nahen Osten zu fordern.

Zwar ist Merkels Stellung in der Union seit geraumer Zeit so stark, dass sie auch die Kritik an ihrem Islam-Bekenntnis unbeschadet überstehen dürfte. Unverkennbar ist je-

doch, dass ihr Bemühen, die CDU immer weiter in die Mitte und damit auch nach links zu rücken, erst einmal an eine Grenze gestossen ist. Deutlich wurde das auch bei der herben innerparteilichen Kritik, die CDU-Generalsekretär Peter Tauber einstecken musste, nachdem er kürzlich in einem Interview ein Einwanderungsgesetz gefordert hatte. Selbst wenn Tauber diesen Vorschlag ohne Einwilligung der Kanzlerin gemacht haben sollte, was eher unwahrscheinlich ist, musste sie anschliessend erneut zur Kenntnis nehmen, dass bei den Themen Integration und Islam in den eigenen Reihen die programmatische Biagsamkeit aufhört. 50

NZZ 30/01/2015

008

Série: Langues vivantes
Langue: *Allemand*
Analyse LV2 d'un texte hors programme

Kann sie Kanzlerin?

Ursula von der Leyen will ohne Zweifel ganz nach oben. Hat sie das Zeug dazu? Zwei journalistische Expertenteams haben ihre komplette Biografie abgeklopft. Ergebnis: Egal, ob sie kann – sie will!

Die vergessenen Flops der Ministerin

5

Das Buch "Operation Röschen" zeichnet das Bild von der Leyens mit wenigen schwungvollen, starken Linien. Es geht um die Methode, eine zögerliche Politik zum Anerkennen gesellschaftlicher Realitäten zu zwingen, ihre nur auf engste Vertraute, nicht aber auf breite Netzwerke gestützte Form der Machtausübung und ihre "Gering-schätzung, ja Verachtung" für eine Politik der Zurückhaltung, die sogar für das Militä-rische gilt.

10

In Demmerts und Goffarts "Kanzlerin der Reserve" wird viel kleinteiliger erzählt. Das hat den Nachteil, dass man sich durch viele mittelwichtige, längst geschlagene poli-tische Schlachten lesen muss und dass Details den Blick auf das Wesen der Politikerin manchmal zu verstellen drohen. Dafür kommen in diesem Buch auch die Flops vor.

15

Die Öffentlichkeit erlebte von der Leyen bisher in vier Rollen. Zuerst war sie eine Re-gionalpolitikerin, die vor allem mit der in Deutschland in dieser Weise unbekanntem Vermarktung ihrer Familie Aufsehen erregte. Dann wurde sie zu einer Familienministe-rin, die einen epochalen Politikwechsel einleitete, indem sie als CDU-Politikerin sozial-demokratische Konzepte wie das Elterngeld, die Elternzeit und den Krippenausbau ge-gen eine überrumpelte Unionsfraktion durchsetzte.

20

Als Arbeitsministerin scheiterte sie jedoch sowohl an einer SPD, die ihr die Popularität neidete, als auch an einer skeptisch gewordenen Union.

Als Verteidigungsministerin steht sie nun vor ihrer spannendsten Aufgabe: Wie kann sie die unregierbare "Drachenburg" (Demmer/Goffart) bezwingen, die von einem "Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit und der organisierten Ahnungslosigkeit" (Dausend/Niejahr) durchdrungen ist? Wie geht von der Leyen diese Herkulesaufgabe an, deren erfolgreiche Bewältigung sie nach Meinung beider Autorenteams zur Kan-zlerkandidatin qualifizieren würde?

25

30

Ihre Strategie als Verteidigungsministerin

Indem sie sich allein auf langjährige Vertraute verlässt und auswärtigen Sachverstand einkauft. Von der Leyens "Schattenmann" (Dausend/ Niejahr) ist seit Jahren Gerd Hoofe, der ihr als Staatssekretär in alle Funktionen folgte und ihr jetzt auch im Vertei-digungsministerium zuarbeitet. Neu ist Katrin Suder, eine 43-jährige Unternehmensbe-raterin, die für von der Leyen die Rüstungsprojekte kontrolliert, also den Bereich, über den ihr unmittelbarer Amtsvorgänger Thomas de Maizière beinahe gestolpert wäre.

35

Radikal ist der Bruch mit aller internen Kompetenz im Verteidigungsministerium. Von der Leyen entlässt nicht, sondern feuert spektakulär Stéphane Beemelmans, den Staats-sekretär ihres Vorgängers – und den Abteilungsleiter Rüstung gleich mit. Medial beglei-tet wird dies mit zahllosen Geschichten über die angeblich komplett unfähige und vor-modern arbeitende Beamtenschar. Demmer/Goffart sprechen von einem "Schaupro-zess". Sie bezweifeln, ob man ein Ministerium tatsächlich ohne die Erfahrung seiner

40

1/2

führenden Beamten leiten kann. Dausend/Niejahr hingegen meinen mutig: "Vielleicht ist der Kenner, der den Laden schmeißt, ja nicht Voraussetzung für eine Lösung, sondern Teil des Problems."

45

Und kann sie nun Kanzlerin?

Bleiben zwei Fragen: Kann sie Kanzlerin? Und: Welches Buch soll man denn nun lesen? Eine Kanzlerschaft halten beide für möglich. Das müssen sie auch, schon aus verkaufstaktischen Gründen. Dausend/Niejahr allerdings begründen ihre Prophezeiung besser, indem sie acht nachvollziehbare Fakten benennen, die dafür sprechen. Demmer/Goffart verlieren sich hingegen in Spekulationen darüber, wann und unter welchen Umständen Angela Merkel eventuell zurücktreten könnte.

50

Für ein umfassendes und abgewogenes Bild dieser außergewöhnlichen Frau wird der Leser wohl durch beide Bücher müssen. Wer glaubt, das sei die Mühe nicht wert, möge bedenken: Über Merkel sind zuletzt zahllose Bücher erschienen, die sich leider bis zur Austauschbarkeit ähneln. Ganz anders die beiden interessanten Versuche von Team "Focus" und Team "Zeit" über Ursula von der Leyen.

55

Die Welt 25/03/2015

2/2

Unglück im Mittelmeer: Röttgen beklagt "Krise der Solidarität" in Europa

Vizekanzler Gabriel fordert von der EU einen Kraftakt, um die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer zu stoppen. Die Europäer hätten nur einen Bruchteil von dem getan, was Italien geleistet habe, bemängelt CDU-Außenpolitiker Röttgen.

Nur 28 Menschen haben den Untergang des Flüchtlingsbootes im Mittelmeer am Sonntag überlebt. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR geht inzwischen von 800 Todesopfern aus. Nach dem Unglück beklagt CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen eine fehlende Solidarität in Europa: Es gebe eine "Krise der Solidarität", sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag im Deutschlandfunk. Das müsse sich ändern.

5

10

Die EU-Staaten seien ihrer Verantwortung bisher nicht gerecht geworden. "Die Europäer insgesamt haben nur einen Bruchteil von dem getan, was eine europäische Nation, die Italiener, über ein Jahr getan hat", sagte Röttgen. Die italienische Seenotrettungsmission "Mare Nostrum" zur Rettung schiffbrüchiger Flüchtlinge war auf Drängen mehrerer EU-Staaten ausgelaufen und 2014 von der Frontex-Mission "Triton" abgelöst worden.

15

Diese hat weniger Ressourcen zur Verfügung. Zudem patrouillieren die Boote hier nicht wie zuvor bis in libysche Gewässer, sondern sind nur vor der Küste Italiens unterwegs und sind vor allem für die Verteidigung der EU-Grenzen verantwortlich.

Flüchtlingskatastrophen: Dramen im Mittelmeer

20

Die Beschlüsse des Krisentreffens der Außen- und Innenminister vom Montag seien ein Anfang, betonte Röttgen. Die Minister wollen mit einem Zehn-Punkte-Plan auf die wachsende Zahl der Schlepperboote reagieren. Der Plan, den EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos vorstellte, sieht unter anderem folgendes vor:

- Eine **Ausweitung der Such- und Rettungsaktivitäten** nach Flüchtlingsbooten. Die Mission "Triton" der EU-Grenzkontrollagentur Frontex soll doppelt so viele Schiffe und finanzielle Mittel erhalten. Auch das Mandat der Mission soll erweitert werden. Bislang kreuzen die "Triton"-Patrouillen nur in italienischen Gewässern, fernab von vielen kenternenden Schiffen aus Libyen. "Unsere Aufgabe ist bisher auf Grenzkontrolle beschränkt", erklärte eine Frontex-Sprecherin.
- Nach dem Vorbild des Anti-Piraterie-Einsatzes vor der somalischen Küste sollen EU-Kriegsschiffe **Schlepperboote zerstören**, die zur Überfahrt von Flüchtlingen über das Mittelmeer genutzt werden.

25

30

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) verlangte von der EU einen gemeinsamen Kraftakt, um die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer zu stoppen. "Die Staats- und Regierungschefs müssen am Donnerstag die gleiche Entschlossenheit zeigen, die sie bei der Bewältigung der Finanzkrise demonstriert haben", sagte der SPD-Vorsitzende. "Es geht jetzt nicht um den Schutz der europäischen Außengrenzen, sondern um die Rettung von Menschenleben." Man brauche eine umfassende Marine-Operation, um die Flüchtlinge vor dem Ertrinken zu bewahren, forderte Gabriel.

35

40

Zudem müsse in den Abfahrtsländern der Schutz "vor skrupellosen Schleusern und Menschenhändlern" verstärkt werden. "Die menschliche Katastrophe auf dem Mittelmeer ist eine Angelegenheit von ganz Europa, nicht nur moralisch, sondern auch politisch."

"Mieses Geschäft" auf dem Rücken von Flüchtlingen

45

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte sich vor einigen Tagen noch zurückhaltend zu einer Ausweitung der Seenotrettung geäußert und gewarnt, dies spiele Schlepperbanden in die Hände. Am Dienstag betonte er nun, dass eine verstärkte Seenotrettung lediglich ein nötiger Schritt von vielen sei, um das Flüchtlingssterben im Mittelmeer zu beenden. Wichtig sei, härter gegen Schlepper vorzugehen. Diese betrieben ein mieses und widerliches Geschäft auf dem Rücken von Flüchtlingen. Gegen diese Organisationen anzugehen, sei aber nicht leicht. "Da sind schnelle Erfolge nicht zu erwarten."

50

De Maizière mahnte, man dürfe den Kampf gegen Schleuser und die Seenotrettung nicht gegeneinander ausspielen. "Beides gehört zusammen."

55

SPIEGEL 21.04.2015

2/2

Europawahl: Wer bekommt Europas Spitzenposten?

Kommissionspräsident José Manuel Barroso scheidet nach zehn Jahren aus, der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, tritt ebenfalls ab. Auch die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton wird keine weitere Amtszeit leisten. Im Europäischen Parlament verabschiedeten sich die Fraktionsvorsitzenden der Konservativen (Joseph Daul), der Sozialisten (Hannes Swoboda) und der Grünen (Daniel Cohn-Bendit). 5

Wer welchen dieser Posten bekommt, hängt vor allem von den Mehrheitsverhältnissen im neu gewählten Europaparlament ab. Auch gilt bei der Ämtervergabe ein komplizierter Länderproporz, denn alle Mitgliedstaaten müssen gemäß ihrer Größe in Brüssel berücksichtigt werden. Und es soll auch noch ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis hergestellt werden. 10

Der große Preis ist das **Amt des Kommissionspräsidenten**, Chef über 33.000 hoch qualifizierte Beamte. Das Parlament hat durchgesetzt, dass die Besetzung des wichtigsten EU-Postens "im Lichte" des Ergebnisses der Europawahl erfolgen soll.

Erstmals sind die politischen Lager mit Spitzenkandidaten in den Wahlkampf gegangen. Der Sieger unter ihnen - so wollen es das Parlament und die Spitzenkandidaten - soll zum Präsidenten werden. Doch ob die Staats- und Regierungschefs, die den Kommissionspräsidenten bisher bestimmt haben, sich daran halten, ist nicht sicher. Sie könnten sich auch auf einen anderen Kandidaten einigen - oder sogar auf eine Kandidatin. Ratspräsident Van Rompuy betonte diese Woche erneut, jeder denkbare Bewerber brauche eine Mehrheit im Parlament *und* eine klare Mehrheit im Rat, also der Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs. Am 27. Mai, zwei Tage nach der Wahl, tritt der Europäische Rat zu einem ersten Gespräch zusammen. 15
20

27 Kommissare, ein Ratspräsident

Ist eine Entscheidung gefallen, kann der Kommissionspräsident - anders als etwa die Bundeskanzlerin - sein Kabinett, die **27 Kommissare**, nicht frei wählen. Die Mitgliedsländer haben das Recht, je einen zu entsenden. 25

Kanzlerin Angela Merkel könnte den bisherigen deutschen EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) noch einmal benennen. Er hofft auf ein anspruchsvolles Ressort wie den Binnenmarkt. Allerdings kann der Konservative Oettinger wohl nur zum Zuge kommen, wenn der sozialdemokratische Spitzenkandidat Martin Schulz nicht Kommissionspräsident wird. 30

Wer Präsident des **Europäischen Rates**, also der **Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs**, wird, richtet sich indirekt nach der Besetzung des Toppostens in der Kommission: Sollte etwa der Spitzenkandidat der Konservativen, Jean-Claude Juncker, Kommissionspräsident werden, würden die Sozialisten wohl die Chance erhalten, den Ratsposten zu besetzen, etwa mit der dänischen Regierungschefin Helle Thorning-Schmidt. Sollte umgekehrt Schulz gewinnen, wären die Christdemokraten im Rat wohl am Zug. 35

Die Rolle des Ratspräsidenten ist vor allem die eines Moderators unter den machtbewussten Staats- und Regierungschefs. Van Rompuys Nachfolger muss zudem die Briten bei Laune halten, die sich scharf gegen Schulz und auch gegen Juncker an der Kommissionspitze positionieren, weil sie beide für zu "proeuropäisch" halten. 40

Sikorski als Außenbeauftragter? Oder doch ein Bürokrat?

Zudem gilt es **noch den Posten des EU-Außenbeauftragten** neu zu besetzen, bislang von der Britin Catherine Ashton bekleidet. Diese hat etwa in den Atomverhandlungen mit Iran Verdienste erworben, blieb sonst aber blass. Seit der Ukraine-Krise ist das Amt sogar noch aufgewertet. Es gibt Spekulationen, dass die Staats- und Regierungschefs einen charismatischen Politiker wie den polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski auf diesen Posten setzen könnten, der schon lange eine gemeinsame EU-Außenpolitik fordert. Als wahrscheinlicher jedoch gilt, dass erneut ein unbekannterer Bürokrat zum Zuge kommen wird. Schließlich geben viele Mitgliedstaaten ungern noch mehr Kompetenzen nach Brüssel ab.

Rasche Personalentscheidungen sind nicht zu erwarten. Die Bestallung der nächsten Kommission wird sich über Monate hinziehen, auch weil jeder Kommissar sich einzeln die Zustimmung des Europäischen Parlaments sichern muss. Im Amt bleiben werden aber in jedem Fall die Beamten der EU-Kommission, allen voran zahlreiche mächtige Generaldirektoren. Sie gelten vielen Beobachtern ohnehin als die wahren Herrscher in Brüssel.

Spiegel 25/05/2014

45

50

55

2/2

Mein Glück passt in keinen Ballon

Als die Mauer fiel, wurde ich gerade erwachsen. Plötzlich stand meiner Generation die Welt in doppelter Hinsicht offen. Eine Erinnerungsshow brauche ich nicht.

Der Mauerfall ist heute ein Fall für Eventagenturen. Zigtausend Kautschuk-Ballons werden am Abend des 25. Jahrestages entlang der einstigen Grenze in den Berliner Himmel aufsteigen. Der Todesstreifen als Lightshow – vollkommen ungefährlich, TÜV-geprüft und biologisch abbaubar. Auch im Rest der einstigen DDR wird an diesem Wochenende der
5 Mauerfall gefeiert, ein wenig auch auf der Westseite der ehemaligen Grenze. Plauen etwa stellt die Grenzöffnung mit einer Trabbi-Parade nach. Mauerfallfolklore. Gegen all das ist im Prinzip nichts einzuwenden. Meiner persönlichen Erfahrung aber wird das Spektakel nicht gerecht.

10 Für die Generation der damals Anfang Zwanzigjährigen, zu der auch ich gehöre, verbindet sich die Grenzöffnung mit einem ungeheuren Chancenzuwachs. Ich glaube, in keiner Altersgruppe hat der Mauerfall mehr Dynamik, mehr Aufbruchsstimmung erzeugt. Alles kam zusammen: Wir wurden erwachsen, erlernten einen Beruf und plötzlich gab es auch noch Reisefreiheit. Es war wie eine Wiedergeburt.

15 Menschen über 30 dagegen traf das Ereignis inmitten ihres Berufslebens – das machte Probleme. Für viele von ihnen wurde der politische Umbruch zur Falle – er vernichtete Jobs und Posten, erzeugte Demokratiefrost, Isolation und Existenznot. Die Chance, neu zu beginnen, sank mit dem Alter. Das zeigt sich noch heute in den Eliten der Gesellschaft. Dort ist diese Gruppe der Ostdeutschen eher spärlich vertreten. Für sie war die Wende vor allem eine Herausforderung. Sie zwang zum Umdenken, verlangte Flexibilität.

20 Diejenigen, die damals noch Kinder waren, bekamen den Mauerfall dagegen in die Schultüten gelegt. Die Taschengeldempfänger von 1989 spürten den Wandel eher indirekt über Eltern und Lehrer und erforschen heute ihre ostdeutschen Wurzeln, weil sie in der Grundschule mal den Sohn eines West-Leihbeamten vom Klettergerüst geschubst haben.

25 Wir aber hatten uns mit den Absurditäten der Diktatur schon arrangiert, Kompromisse gemacht oder uns behauptet. Als Schüler, Lehrlinge und Studenten waren wir gespalten wie das Land, hin- und hergerissen zwischen Anpassen und Gegenhalten, Jugendweihe oder Konfirmation, längerem Wehrdienst oder NVA-Spatenruppe. Die Freigeister unter uns waren stets vor unbequeme Entscheidungen gestellt, die einen die Abiturzulassung oder den Studienplatz kosten konnten.

30 So wie der Mauerfall unser Leben in zwei Hälften teilt, stehen wir in der Mitte – zwischen den Wendeverlierern der Elterngeneration und der Dritten Generation Ost, die heute ihre Krisenkompetenz vermarktet. [...]

35 Insofern ist der Mauerfall für mich nicht zur Herausforderung geworden wie für die Generation meiner Eltern, und er war auch keine unverstandene Überwältigung wie für die Jüngeren. Nein, der 9. November 1989 hat uns, die Generation dazwischen, auf unbeschreibliche Weise beglückt. Es gibt nicht genügend Kautschuk auf der Welt, um dieses Glück in Ballons zu fassen.

Teilzeit für die Truppe

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will die Bundeswehr als Arbeitgeber konkurrenzfähig machen. Der Bundestag debattierte jetzt ihren Gesetzesvorschlag dazu.

Beschaffungsskandale, marode Kasernen, schlechte Arbeitsbedingungen. Die Bundeswehr hat wahrlich kein gutes Image. Doch seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 muss die Truppe stärker denn je auf ihren Ruf achten. Denn seit nicht mehr Monat für Monat automatisch neue Rekruten in die Kasernen einziehen, muss die Bundeswehr junge Männer und verstärkt auch
5 Frauen umwerben, damit sie sich für den Dienst an der Waffe entscheiden – möglichst für eine langfristige Karriere. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat eine Attraktivitätsoffensive gestartet.

Am Freitag wurde ihr Attraktivitätssteigerungsgesetz im Bundestag debattiert. Es soll die Bundeswehr vor allem zu einem familienfreundlichen Arbeitgeber machen, mit Teilzeitarbeit,
10 Kinderbetreuung und verlässlicher Karriere- und Versetzungsplanung. In diesen Bereichen gebe es Nachholbedarf, sagte die Ministerin vor dem Parlament. „Jetzt garantieren wir erstmals geregelte Dienstzeiten im regulären Betrieb.“ Die Opposition bezweifelte in der Debatte allerdings, dass dies Wirkung zeigen wird. Die Grünen etwa sehen wenig Chancen für die Soldaten, Teilzeitarbeit im Alltag durchzusetzen; die Linkspartei ist überzeugt, dass
15 Auslandseinsätze auch künftig potenzielle Bewerber abschrecken werden.

Tatsächlich leidet die Bundeswehr schon heute unter einem akuten Fachkräftemangel, beispielsweise bei der Feuerwehr auf den Luftwaffenstützpunkten. Mancherorts können Bundeswehrpiloten tagelang keine Übungsflüge absolvieren, weil die Feuerwehr am Boden nicht einsatzbereit ist. Auch Techniker fehlen der Truppe, denn das Gerät der Bundeswehr
20 wird technisch immer anspruchsvoller, der Aufwand für die Wartung damit immer höher. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus, hat gerade erst kritisiert, dass Spezialisten bei der Bundeswehr regelrecht verheizt würden. Er sprach von „unzumutbaren“ Belastungen für die Soldatinnen und Soldaten, die teilweise zweimal im Jahr statt alle zwei
25 Jahre in Auslandseinsätze geschickt würden. Als Beispiel nannte Königshaus Soldaten, die mit dem Raketenabwehrsystem Patriot in der Türkei stationiert sind und den Nato-Partner vor Raketenangriffen aus Syrien schützen. Während des Afghanistaneinsatzes betraf das aber auch Einheiten der elektronischen Kampfführung. In kleinen Trupps waren sie oft zwei bis
30 drei Wochen im Einsatzgebiet der Bundeswehr unterwegs, um verdächtige Dörfer aufzuklären, sprich Funk- und Telefongespräche mutmaßlicher Aufständischer abzuhören. Eine sehr fordernde und nicht zuletzt gefährliche Aufgabe.

Massive Schwierigkeiten hat die Bundeswehr auch im medizinischen Betrieb. Hier gibt es eine enorme Fluktuation, besonders bei Frauen, die rund die Hälfte der Stellen im Sanitätsdienst besetzen. Nur wenige bleiben, wenn sie eine Familie gründen. Deshalb gibt es
35 auch wenig weibliche Führungskräfte im Sanitätsdienst. Um das zu ändern, setzt Leyen nicht allein auf familienfreundlichere Arbeitsbedingungen. Zusätzlich soll es eine Quote geben. „Vor uns liegt kein Sprint, sondern vor uns liegt ein erheblicher Marathon“, sagte die Ministerin.

Aus: *Der Tagesspiegel*, 30.01.15

Série: Langues vivantes

Langue: *Allemand*

Analyse LV2 d'un texte hors programme

So viel Pegida steckt wirklich in der AfD

Wer den Rechtsdrall der Alternative für Deutschland vor allem im Osten vermutet, der irrt. Auch im Westen dominiert dort das Ressentiment gegen Ausländer und nationalistische Globalisierungskritik.

Pegida ist zerbrochen. Und damit dürften auch die Montagsdemonstrationen in Dresden in der bisherigen Form wohl bald Geschichte sein. Das heißt aber nicht, dass mit den Demonstrationen zugleich auch der Unmut jener Menschen verschwindet, also das Gefühl, von der Politik getäuscht oder doch zumindest hochmütig ignoriert und vom Mainstream überrollt zu werden. Vielmehr dürfte die selbstgefällige Verachtung, die Politiker ihnen gegenüber in den vergangenen Wochen nur allzu gerne demonstrierten, noch mehr zur Entfremdung beigetragen haben. Denn sie gefielen sich einfach zu sehr darin, jene auszugrenzen, denen sie unterstellten, andere ausgrenzen zu wollen.

In der AfD gab es über den Umgang mit Pegida erheblichen Streit in der Parteiführung. Und der war im Ergebnis überaus erhellend, denn aus diesem Konflikt brach mehr hervor als die unterschiedliche Bewertung einer Protestbewegung. In ihm trat eine grundverschiedene Wahrnehmung gesellschaftlicher Stimmungen und Nöte zutage und offenbarte ein vollkommen gegensätzliches Verständnis davon, wie mit diesen umzugehen sei.

Solche Differenzen gehören zum Entstehungsprozess junger Parteien. Als oftmals schmerzhafteste Phasen der Selbstfindung kennzeichnen sie ihre Identitätssuche. Dabei bot die AfD der Öffentlichkeit immer wieder ein chaotisches Bild. [...] Nach dem Parteitag hieß es dann, die AfD sei ein Stück weit in der politischen Normalität angekommen. Dieser Eindruck jedoch trügt. Auch wenn sie ihre Struktur der Norm angepasst hat, atmet sie nach wie vor den Geist einer Protestpartei. Sie ist wie Pegida aus dem Kreis derer entstanden, die nach wie vor das Gefühl haben, die Politiker der etablierten Parteien hörten den Bürgern schon lange nicht mehr zu.

Sie war von Anfang an nicht nur die Partei gegen die Euro-Rettungspolitik, sondern wie Pegida ein Ventil für eine allgemeine Unzufriedenheit zutiefst bürgerlicher Schichten. Sie war ein konservativer Abwehrreflex gegen den Verlust von Werten und Traditionen und zugleich ein Bündnis zur Verteidigung der Lebensinteressen des deutschen Volkes gegen eine als autoritär empfundene EU und einen entfesselten Kapitalismus.

Nicht ohne Grund hat sich die Partei von Beginn an hinter Bernd Lucke versammelt. Er war 30 Jahre in der CDU und ist Mitglied der evangelisch-reformierten Kirche, Vater von fünf Kindern und kein Freund von Abtreibungen. Jahrelang leitete er den Kindergottesdienst. [...] In Lucke spiegelt sich die AfD, in ihm zeigt sich der Wunsch vieler Mitglieder nach einer Rückbesinnung auf eine Gesellschaft, die sich nicht nur über Börsenkurse und Kosten-Nutzen-Rechnungen definiert.

All das drückte sich im Übrigen auch im Pegida-Protest aus. "Das Hauptmotiv für die Teilnahme an Pegida-Demonstrationen ist eine generelle 'Unzufriedenheit mit der Politik'. An zweiter Stelle wird die Kritik an Medien und Öffentlichkeit genannt", stellte eine Studie der TU Dresden fest. Erst an dritter Stelle folgten "grundlegende Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern". [...]

Série: Langues vivantes

Langue: *Allemand*

Analyse LV2 d'un texte hors programme

Aus: *Die Welt*, 07.02.15

Hier fegt der Chef

Der Mindestlohn setzt viele Ostbetriebe unter Druck: Sollen sie die Preise erhöhen oder Stellen streichen?

Die Traditionswäscherei im sachsen-anhaltinischen Weißenfels ist kein Unternehmen, das große Gewinne abwirft, man sieht das schon von außen. Der Asphalt auf dem Hof ist aufgeplatzt, das Gitter an den Fenstern brüchigRenoviert hat schon lange niemand mehr.

5 Wer hier arbeitet, tut das schlicht, um Geld zu verdienen - und sei es ein noch so bescheidenes Salär. Unter ihren Kitteln tragen die Arbeiterinnen Jogginghosen und Turnschuhe. Sie laufen viel, um die Container an der Waschstraße entlangzuschieben. Sie stehen viel, um an den Legetischen Bettlaken zu falten.

10 Viele Frauen schufteten seit mehr als 20 Jahren in diesen Räumen, doch neuerdings fragen sie sich häufig, wie lange noch. Seit dem vergangenen Herbst gilt für das Unternehmen der einschlägige Mindestlohn der Branche - und zwischenzeitlich stand das Unternehmen auf der Kippe. Bianca Horka will es nun trotzdem versuchen. Sie gründete eine neue Firma im alten Haus und begann zu sparen. 9 Mitarbeiter hat sie entlassen, 23 konnte sie halten. 5 von ihnen haben noch Vollzeitjobs, alle anderen arbeiten jetzt weniger. Zusammen sparen sie 80 Arbeitsstunden im Monat ein. Es ist paradox: Sie bekommen einen Mindestlohn, dennoch
15 haben einige Frauen am Monatsende kaum mehr Geld im Portemonnaie.

20 Das Projekt, das die SPD zum wichtigsten der gesamten Legislaturperiode erklärt hat, spaltet die Republik. Seit Jahresbeginn ist eine allgemeine Lohnuntergrenze Gesetz, und seither sind fast hundert Tage vergangen. Während die Gewerkschaften den Mindestlohn schon zum Erfolg erklären, rätseln Ökonomen noch immer, welche Folgen das arbeitsmarktpolitische Experiment haben könnte. Wird es das Land gerechter machen, wie es die Bundesregierung versprochen hat? Oder werden Tausende Beschäftigte einen Preis zahlen - ausgetrickst und aussortiert werden?

25 Die gesamtwirtschaftlichen Daten sprechen allen düsteren Prognosen Hohn. Jüngst fiel die Zahl der Arbeitslosen gar auf 2,932 Millionen und damit auf den tiefsten Märzstand seit fast einem Vierteljahrhundert. "Die ordnungspolitische Kernschmelze, die einige Ökonomen befürchtet haben, ist nicht eingetreten - noch nicht einmal ein berichtenswerter Störfall bei den normalen Beschäftigungsverhältnissen", sagt Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

30 Noch vor einem Jahr hatten sich viele Experten mit Schreckensprognosen überboten. Das Münchner Ifo-Institut rechnete vor, die Lohnuntergrenze werde bis zu 900 000 Jobs gefährden, das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit kalkulierte mit einem Minus von 600 000 Stellen. Keines der "Horrorszenarien" habe sich bislang bewahrheitet, sagt IAB-Chef Möller, "aber in einzelnen Fällen hat der Mindestlohn natürlich Auswirkungen".

35 Vielleicht müssen sich die Deutschen an den Mindestlohn erst noch gewöhnen. Und daran, dass Gerechtigkeit einen Preis hat.

Aus: *Der Spiegel*, 04.04.15

Série: Langues vivantes

Langue: *Allemand*

Analyse LV2 d'un texte hors programme

Gauck fordert mehr Schutz für Flüchtlinge

"Ängste ernst zu nehmen, heißt nicht, ihnen zu folgen", mahnt der Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache. Die Deutschen sollten der Demokratie vertrauen.

Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner Weihnachtsansprache zu Mitgefühl mit den nach Deutschland kommenden Flüchtlingen aufgerufen. "Dass wir mitfühlend reagieren auf die Not um uns herum, dass die Allermeisten von uns nicht denen folgen, die Deutschland abschotten wollen, das ist für mich eine wahrhaft ermutigende Erfahrung dieses Jahres", sagte Gauck in seiner Ansprache, die am ersten Weihnachtstag ausgestrahlt wird.

Ohne Proteste wie die islamfeindlichen Pegida-Demonstrationen in Dresden explizit zu nennen, sagte der Bundespräsident: Es gehe darum, Ängste ernst zu nehmen, aber nicht, ihnen zu folgen. "Mit angstgeweiteten Augen werden wir Lösungswege nur schwer erkennen." Wer sich aber den Herausforderungen stelle, der "findet auch Lösungen".

10 "Ein deutliches Zeichen für die Menschlichkeit sehe ich darin, dass es mittlerweile so viel Bereitschaft gibt, Flüchtlinge aufzunehmen", sagte Gauck. Er verwies auf das Elend der unzähligen Heimatlosen und Vertriebenen. Es gehe darum, "Bedrohten Frieden und Verfolgten Schutz" zu bieten.

15 Gauck würdigte Menschen, die sich für mehr Mitmenschlichkeit hierzulande oder in der Welt einsetzen. Als Beispiele nannte er einen Verein in Magdeburg, der sich um minderjährige Flüchtlinge kümmert, Helfer, die in den Ebola-Gebieten Westafrikas tätig sind, aber auch "die vielen, die sich auch heute in der Nachbarschaft, im Krankenhaus oder im Heim um Mitmenschen kümmern". Sie alle zählten zu denen, die "aus dieser Welt und aus unserem Land einen besseren Ort machen".

20 Der Bundespräsident nutzte seine Ansprache auch zu einem Aufruf zum friedlichen Umgang miteinander. Zwar sei Deutschland heute ein Land des Friedens, "zugleich blicken wir aber zurück auf ein Jahr voller Friedlosigkeit, auf Kriege, Bürgerkriege, Terror und Mord, sogar unter Berufung auf die Religionen", sagte er mit Blick auf die Konflikte weltweit.

"Deutschland hat mehr Arbeit als je zuvor"

25 "Wo wir dazu beitragen können, dass Frieden erhalten oder gestiftet, dass Leid gelindert und eine bessere Zukunft gebaut werden kann, sollten wir alles tun, was in unserer Macht steht", forderte Gauck. Notwendig seien "die tägliche Achtung voreinander und das tägliche Achtgeben aufeinander". Dieses Gebot "kennen auch alle Religionen, es verbindet und verpflichtet uns alle".

30 Der Bundespräsident erinnerte auch an Anlässe zur Freude im zurückliegenden Jahr: "Deutschland hat mehr Arbeit als je zuvor, es ist im Ausland beliebt wie nie und Fußball-Weltmeister sind wir auch."

Série: Langues vivantes

Langue: *Allemand*

Analyse LV1 d'un texte hors programme

Aus: *Die Zeit*, 24.12.14

"Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz"

Bundespräsident Joachim Gauck hat zum Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz davor gewarnt, die NS-Verbrechen zu verdrängen. Der Umgang mit den Holocaust-Opfern sei lange beschämend gewesen - auch in der DDR.

Berlin - Der Bundestag hat in einer Sondersitzung der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 70 Jahren gedacht. Bundespräsident Joachim Gauck warnte in seiner Rede davor, einen Schlusstrich unter die Aufarbeitung des Holocausts setzen zu wollen.

5 "Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz", sagte Gauck. "Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben. Er gehört zur Geschichte dieses Landes."

10 Der Bundespräsident kritisierte den Umgang mit dem Holocaust nach dem Krieg. "Im Rückblick ist es beschämend, dass aus den Opfern von einst Bittsteller wurden - beschämend, wenn bei Entschädigungen das Leiden von Opfern der Deutschen weniger wert war als das Leiden deutscher Opfer", sagte Gauck. "Die Bevölkerung der jungen Bundesrepublik kannte wenig Mitgefühl mit den Opfern nationalsozialistischer Gewalt."

15 Ausdrücklich verurteilte Gauck auch die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der DDR. Der staatliche Antifaschismus in der DDR habe die Gesellschaft pauschal von der rechtlichen und moralischen Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen freigesprochen und dadurch das Verdrängen von Versagen und Schuld befördert.

"Die 'zweite Schuld', von der Ralph Giordano sprach, also der Unwille, sich der Aufarbeitung der Verbrechen zu stellen und die Opfer zu entschädigen, diese zweite Schuld gab es in Deutschland zwei Mal - in der frühen Bundesrepublik wie auch in der DDR", sagte Gauck

20 "Wie kein anderer Ort steht Auschwitz für das, was Menschen einander antun können", sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert zuvor in seiner Rede. "Für die schreckliche Vergangenheit unseres Landes sind die Nachgeborenen nicht verantwortlich. Für den Umgang damit hingegen schon." Die moralische Aufarbeitung der NS-Verbrechen ende nie, sagte der CDU-Politiker.

25 Am Nachmittag wird Gauck die Bundesrepublik bei der Gedenkfeier in Auschwitz vertreten. Vor Staats- und Regierungschefs sowie Regierungsmitgliedern aus rund 40 Ländern werden drei ehemalige Auschwitz-Häftlinge stellvertretend für die rund 300 anwesenden Überlebenden das Wort ergreifen. Als einziger Politiker wird der polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski ein kurzes Grußwort sprechen.

30 Ausgerechnet der Staatschef der einstigen Befreier, Russlands Präsident Wladimir Putin, bleibt der Gedenkfeier in Polen fern. Moskau beklagte sich, dass Putin keine persönliche Einladung erhalten habe - Warschau verweist darauf, dass die Regierung niemanden offiziell eingeladen habe. Es sei jedem freigestellt zu kommen.

Aus: *Der Spiegel*, 27.01.15

Série: Langues vivantes

Langue: *Allemand*

Analyse LV2 d'un texte hors programme

SPD will Punktesystem wie in Kanada

Während die CDU nur zögerlich auf den Vorstoß ihres Generalsekretärs Peter Tauber nach einem Einwanderungsgesetz reagiert, prescht der Koalitionspartner SPD vor. SPD-Fraktionschef Oppermann legt nun ein Positionspapier vor.

5 In ihrem Papier bekennt sich die SPD ohne Wenn und Aber zu mehr Einwanderung, die aber durch ein Gesetz gelenkt und „gestaltet“ werden müsse. Zur Begründung, warum Deutschland in den nächsten Jahren deutlich mehr Einwanderer braucht, verweist die SPD auf die demographische Entwicklung und die damit verbundene „größte Herausforderung für unsere Volkswirtschaft, auf die wir Antworten geben müssen“.

In den nächsten Jahrzehnten lebten „dramatisch weniger Menschen in unserem Land“, die zum Wohlstand beitragen könnten. „Aufgrund der demografischen Entwicklung verlieren wir in den kommenden zehn Jahren bis zu 6,7 Millionen Erwerbsfähige.“

10 Ziel der Politik müsse es sein, meinen Oppermann und andere führende Genossen, den erwarteten Rückgang des Arbeitskräftepotentials zu verhindern. Anderenfalls laufe Deutschland Gefahr, seinen „Wohlstand zu verlieren.“ Die sozialen Sicherungssysteme könnten nicht mehr finanziert werden.

15 Bei ihrem Werben für mehr Einwanderung von Fachkräften verweist die SPD-Spitze auf Kanada. Einwanderungspolitik sei dann erfolgreich, wenn sie wie dort von einem gesellschaftlichen Konsens und einer Zustimmung der Bürger getragen werde: „Einwanderung lässt sich nicht gegen, sondern nur mit breiter Unterstützung der Gesellschaft gestalten“.

20 Deutschland sei zwar laut OECD inzwischen das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt. 2013 habe es die höchste Einwanderung und mit 429.000 Personen den höchsten Wanderungsgewinn seit mehr als 20 Jahren gegeben. Für die SPD ist das aber kein Grund zum Ausruhen oder zur Entwarnung. Denn die „mit Abstand größte Gruppe der Einwanderer“ komme aus den süd- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union.

25 Doch wenn sich die wirtschaftliche Lage in Südeuropa bessere, werde diese Einwanderungswelle aus der EU nicht von Dauer sein, sagt die SPD voraus. „Es kommt daher darauf an, dass wir uns erfolgreich um qualifizierte Einwanderer aus Drittstaaten bemühen“.

30 Einen der entscheidenden Gründe für „die fehlende Attraktivität“ Deutschlands als Einwanderungsziel für solche dringend benötigten qualifizierten Menschen aus Drittstaaten liegt nach Meinung Oppermanns „zweifellos“ in unserem „zersplitterten und unübersichtlichen Einwanderungsrecht“. Es gebe mehr als 50 verschiedene Aufenthaltstitel, die Einwanderungsregeln seien über mehrere Gesetze verstreut.

Deshalb müssen die verschiedenen Einwanderungsvorschriften aus Sicht der SPD-Führung in einem Einwanderungsgesetz gebündelt werden, um mit diesem Gesetz „ein starkes Signal auszusenden, dass Deutschland um die Einwanderung gut ausgebildeter Menschen wirbt“.

Chancengleichheit in Deutschland: Studie entlarvt Versagen des Bildungssystems

Das deutsche Bildungssystem scheitert, benachteiligte Kinder bekommen viel zu wenig Hilfe. Eine neue Studie zeigt: Die Schulpolitik ist in fast allen Bundesländern gleich schlecht - mit einer Ausnahme in Ostdeutschland.

Mit Pisa fing alles an: 2001 erschrak Deutschland über den Zustand seines Schulsystems. Seither ist Pisa Ausgangspunkt und Maßstab zugleich - für Bildungspolitiker wie Bildungsforscher. Man kann die Entwicklung des Bildungssystems seither als Erfolg lesen: Es gibt immer weniger Jugendliche ohne Schulabschluss, der Anteil der Abiturienten pro Jahrgang steigt, und die deutschen Schüler schneiden bei internationalen Leistungsvergleichen zunehmend besser ab.

So beschreibt es auch der neue Chancenspiegel, den die Bertelsmann-Stiftung von Schulforschern der Unis Dortmund und Jena hat erstellen lassen; am Donnerstag wurde er veröffentlicht. Doch die Studie, die mittlerweile zum dritten Mal vorgelegt wird, zeigt auch etwas anderes: Wer aus einem benachteiligten Umfeld kommt, braucht in deutschen Klassenzimmern nicht auf Fairness und Chancengerechtigkeit zu hoffen. "Der Bildungserfolg, gemessen in Kompetenzen von Neuntklässlern in Mathematik, bleibt weiterhin stark von der sozialen Herkunft abhängig", schreiben die Forscher, "es gelingt Schulen in Deutschland also immer noch zu wenig, die herkunftsbedingten Benachteiligungen ihrer Schüler auszugleichen."

Mit anderen Worten: Wer aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen stammt, vielleicht noch einen Migrationshintergrund mitbringt und nicht auf das akademische Bildungserbe seiner Eltern und Großeltern zurückgreifen kann, hat ungleich schlechtere Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss. Die mangelnde Chancengerechtigkeit, sagen die Forscher, bleibe "die größte Baustelle", auch wenn es langsame - sehr langsame - Fortschritte gebe: "Neuntklässler aus höheren Sozialschichten haben in Mathematik bis zu zwei Jahre Vorsprung vor ihren Klassenkameraden aus bildungsferneren Familien." Unterschiede, die sich nicht mehr allein mit unterschiedlichen Schulsystemen in den Bundesländern erklären lassen.

Der Statusbericht zur Chancengleichheit vergleicht die Durchlässigkeit der Schulsysteme, die Entwicklungs- und Integrationsmöglichkeiten für Schüler und ihre Chance, einen guten Abschluss zu erhalten. Dabei spielen auch Unterschiede zwischen den Bundesländern eine Rolle, aber: "Kein Land ist in allen Bereichen Spitze oder Schlusslicht."

Überrascht zeigen sich die Autoren davon, wie stark sogar innerhalb der Bundesländer die Chancengerechtigkeit schwankt - dieser Aspekt wurde im aktuellen Chancenspiegel erstmals untersucht.

So verlassen etwa in Bayern nur 4,9 Prozent eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss, im Bundesdurchschnitt sind es sechs Prozent. Beim Blick auf die Kreise und Städte des Freistaats entdeckten die Forscher allerdings, dass der Wert zwischen 0,7 und 12,3 Prozent schwankt - eine enorme Breite, die wesentlich vom Schulangebot vor Ort abhängt.

Aus: *Der Spiegel*, 11.12.14

Série: Langues vivantes

Langue: *Allemand*

Analyse LV2 d'un texte hors programme

Journalistenverband fordert sofortigen Stopp der Bild-Kampagne

Mit Selfies sollen "Bild"-Leser gegen die Verlängerung der Zahlungen an Griechenland protestieren. Der DJV wirft dem Blatt vor, eine unangemessene Kampagne zu führen.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hat die *Bild*-Zeitung aufgefordert, ihre Kampagne gegen die Verlängerung der Griechenland-Hilfen zu stoppen. Die Zeitung rief ihre Leser dazu auf, sich zusammen mit der Schlagzeile « Nein – Keine weiteren Milliarden für die gierigen Griechen » zu fotografieren und das Selfie an die Redaktion zu senden. Anlass ist die
5 Abstimmung des Bundestags über die Verlängerung der Griechenland-Hilfen am Freitag.

"Die Griechenland-Politik der Bundesregierung kann man mögen oder ablehnen", sagte DJV-Chef Michael Konken. Eine Kampagne, die direkten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen wolle, verbiete sich aber mit der beschreibenden Aufgabe des Journalismus. "Das Boulevard-Medien eine andere Sprache und einen anderen journalistischen Stil pflegen, ist
10 selbstredend. Die Selfie-Aktion von *bild.de* überschreitet aber die Grenze zur politischen Kampagne", kritisierte Konken.

Darüber hinaus sei es medienethisch bedenklich, dass ein ganzes Volk für die finanzpolitischen Fehlentscheidungen seiner Politiker diffamiert werde. "Die Verunsicherung über die Auswirkungen der Griechenland-Krise auf Deutschland ist groß", sagte Konken. In
15 dieser Situation sei umfassende und kritische Berichterstattung Aufgabe aller Medien, nicht jedoch der Start einer politischen Kampagne. *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann wies die Vorwürfe über Twitter zurück.

Bei der Abstimmung im Bundestag zur Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland an diesem Freitag ist eine selten große Mehrheit zu erwarten. In Sondersitzungen der
20 Regierungsfractionen stimmten bei der Union 22 Abgeordnete mit Nein, fünf enthielten sich. Das sind mehr Abweichler als bei der ersten Abstimmung 2012 über das zweite Hilfspaket, das jetzt verlängert werden soll: Damals gab es 13 "Nein"-Stimmen und zwei Enthaltungen. Die SPD votierte einstimmig für eine Verlängerung bis Ende Juni.

Die ungewöhnlich breite Bundestagsmehrheit kommt auch durch einen Kurswechsel der
25 Linksfraktion zustande. Die hatte wegen der Sparauflagen bisher alle Griechenland-Hilfspakete abgelehnt. Jetzt wird sie wohl mehrheitlich dafür stimmen, obwohl sich inhaltlich das Programm nicht geändert hat. Der Grund: Die Athener Regierung ist nun links-geführt. In einer Probeabstimmung votierten 29 Linke-Abgeordnete dafür, vier dagegen, 13 enthielten sich. Die Grünen haben Zustimmung signalisiert. Endgültig wollen sich die Fraktionen der
30 Opposition am Freitag in Sondersitzungen entscheiden.

Série: Langues vivantes
Langue: *Allemand*
Analyse LV2 d'un texte hors programme

Aus: *Die Zeit*, 26.02.15